## "Arbeiten, kämpfen und leben wir wie im Belagerungszustand" -eine revolutionäre Losung des albanischen Volkes Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 21 vom 27. Mai 1977 — 11. Jahrgang — 50 Pfennig

### Urabstimmung in der Chemieindustrie Rheinland-Pfalz

# Grosse Kampfbereitschaft bei BASF

**Urabstimmung in der Chemie-Industrie von Rheinland-Pfalz. Bei Redaktionsschluß des „Roten Morgen" lagen noch keine Ergebnisse vor. Aber niemand zweifelt daran, daß die überwältigende Mehrheit der Arbeiter und kleinen Angestellten für Streik stimmen wird. Die vergangenen Tage und Wochen haben gezeigt: Die Zeichen stehen auf Sturm. Bei den Badischen Anilin- und Sodafabriken (BASF) kam es zu machtvollen Demonstrationen, auf denen die Kollegen ihre Kampfbereitschaft bekundeten sowie ihre Empörung über die maßlose Profitgier der Chemiebosse. Die Chemiekapitalisten haben im vergangenen Jahr enorme Profite eingeheimst, indem sie die Rationalisierung vorantrieben und rücksichtslos die Arbeitshetze verschärften. Jetzt wollen sie mit einem 7%-Lohnraubabschluß erneut die Reallöhne der Chemiewerker drücken. Aber die Kollegen hegen auch starkes Mißtrauen gegenüber den IG-Chemie-Bonzen. Und dieses Mißtrauen ist zutiefst berechtigt. Trotz des plötzlich sehr „radikalen" Gebarens der Gewerkschaftsbonzen sind sie in Wahrheit gegen einen Streik. Sie wollen verhindern, daß die Chemiearbeiter konsequent und erfolgreich für eine wirkliche Lohnerhöhung kämpfen.**

Den Hauenschildt, Schweitzer und Konsorten wäre es am liebsten gewesen, sie hätten auch in Rheinland-Pfalz mit 7% abschließen können, wie sie es in Hessen und Nordrhein getan haben. Aber die Kampfbereitschaft, die Empörung und Unruhe unter den Chemiewerkern in diesem Tarifbezirk ließ sie befürchten, daß bei einem 7%-Abschluß die Kollegen mit einem „wilden" Streik antworten würden (und davor fürchten sich die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen sehr). So entschlossen sie sich dazu, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, mit dem Ziel, die Kontrolle über sie zu behalten und in einem geeigneten Moment den Kampf abzuwürgen.

Am Mittwoch letzter Woche fand bei BASF eine außerordentliche Belegschaftsversammlung statt, an der 15 bis 20.000 Kollegen teilnahmen. Mit dieser Versammlung wollte der Gewerkschaftsapparat seinen Einfluß in der BASF-Belegschaft festigen. Wohlweislich hatten die Bonzen den Punkt „Aussprache" nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Es waren nur zwei Punkte vorgesehen: erstens Stellungnahme der Werksleitung und zweitens Bericht des IG-Chemie-Bezirksleiters Schweitzer. Die Bonzen wollten nicht riskieren, daß klassenkämpferische und revolutionäre Kollegen auf dieser brisanten Belegschaftsversammlung das Wort ergreifen konnten, aus Angst, daß ihr Verrat, ihre heimtückischen Abwiegelungsmanöver, entlarvt worden wären und daß ihnen die Sache aus der Hand gleiten könnte, daß die Arbeiter die Versammlung dazu ausnutzen würden, selbständig einen Streik zu beginnen.

Die Arbeiter und kleinen Angestellten ließen den Kapitalistenvertreter allerdings kaum zu Wort kommen. Seine Ausführungen gingen in einem gellenden Pfeifkonzert unter. Hingegen konnte Schweitzer, der in der Vergangenheit wegen seiner Abwiegeleien schon wiederholt ausgepfiffen wurde, diesmal ungestört reden. Das zeigt, daß durch das scheinradikale Auftreten Schweitzers und des IG-Chemie-Apparates in der letzten Zeit doch Illusionen über die Absichten der Bonzen gestärkt wurden.

Auch jetzt tönte Schweitzer wortradikal herum: Die IG Chemie sei entschlossen, „das Lohndiktat der Unternehmer zu brechen". Dahinter steckt jedoch eine heimtückische Abwiegelungstaktik. Was heißt das denn, „das Lohndiktat brechen"? Meint Schweitzer damit etwa, daß für eine echte Lohnerhöhung, gegen den Abbau der Reallöhne gekämpft werden soll? Keineswegs! Schon in der Schlichtung hatten die IG-Chemie-Bonzen angeboten, mit 7,5% abzuschließen. Und jetzt, auf der Belegschaftsversammlung, sagte Schweitzer, ein Streik könne vermieden werden, wenn die Chemieunternehmer bereit seien, „etwas Erkennbares hinter das Komma zu setzen und zwar mehr als 0,1%". Also 2, 3 oder viel-

Fortsetzung auf Seite 4




Demonstration der BASF-Arbeiter

### Streit um Berlin-Abkommen

# Schmidt und Honecker-Feinde des deutschen Volkes

**Fünf Jahre Erfahrungen mit dem Viermächte-Abkommen für Berlin hätten bewiesen, daß die Entspannungspolitik eine „uns in die Zukunft tragende Politik ist". Das erklärte Bundeskanzler Schmidt letzte Woche auf einer Betriebsversammlung bei Borsig Westberlin. Dann schlug er voll auf die Pauke. Er forderte die Anerkennung des Viermächte-Abkommens nicht nur für die West-Sektoren, sondern für ganz Berlin. Er drohte mit Konsequenzen, falls die DDR sich weigern würde, das zu akzeptieren. Und er griff auch gleich im Namen einer heuchlerischen „Menschlichkeit" die Mauer an.**

Auf der anderen Seite der Mauer, in Ostberlin, wo gerade die Bonzen des FDGB tagten, antwortete prompt SED-Boß Honecker: Schmidt würde die Chancen für eine Normalisierung zwischen den deutschen Staaten verspielen. Und die Mauer verteidigte er zynisch als „das höchste Gut der Menschen".

Dieser Wortwechsel wirft ein bezeichnendes Licht auf die sogenannte „Entspannungspolitik", wie sie von Schmidt genauso gepriesen wird wie von Honecker. Er zeigt auch, daß das Viermächte-Abkommen, entgegen den Versicherungen aus Bonn und Ostberlin, keineswegs Berlin in eine Zone des Friedens und der Sicherheit verwandelt hat.

Worum geht es bei diesem Abkommen? Es regelt im wesentlichen die Beziehungen zwischen Westberlin und der Deutschen Bundesrepublik. Nun ist ja bekannt, daß Westberlin auf dem Territorium der DDR liegt. Aber es war nicht die DDR und auch nicht die Bundesrepublik, die über dieses Abkommen verhandelte. Es waren die russischen Sozialimperialisten, die mit den amerikanischen und den anderen westlichen Imperialisten um Berlin schacherten. Sie traten dabei die Souveränität der DDR mit Füßen. So verzichteten sie vollständig auf die Forderung der staatlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung. So gestanden sie den westdeutschen Imperialisten zu, Westberlin faktisch zu einem Bundesland der DBR zu machen, so öffneten sie den westlichen Imperialisten die Transitwege durch die DDR.

In dem 1955 zwischen Moskau und Ostberlin geschlossenen Vertrag heißt es: „Die DDR ist frei in der Lösung von Fragen der Innen- und Außenpolitik, einschließlich auch der Beziehungen zur BRD." Die neuen

Fortsetzung auf Seite 3

### Warnstreiks in vielen Textilbetrieben

# Arbeiter empört über GTB-Bonzen

**Zehntausende von Arbeiterinnen und Arbeitern führten in den letzten Wochen in der Textilindustrie Warnstreiks durch. Rund 100 Betriebe waren von den Warnstreiks betroffen. Selten hat sich in den letzten Jahren die Kampfbereitschaft der Arbeiter in einer Textiltarifrunde so klar gezeigt. Dennoch wurden die Kollegen in den Tarifbezirken Baden-Württemberg und Nordrhein jetzt mit einem unverschämten Lohnraubabschluß von 6,8 Prozent abgespeist. Das war nur möglich durch den Verrat des Gewerkschaftsapparates. Die Kolleginnen und Kollegen sind über diesen Verrat empört.**

In den Tarifgebieten Baden-Württemberg und Nordrhein arbeiten etwa die Hälfte der insgesamt 340.000 Beschäftigten der Textilindustrie. In den anderen Tarifbezirken sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Aber es ist klar, daß die Kapitalisten und die Gewerkschaftsführung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) hinter den Kulissen bereits einen gleichen oder ähnlichen Lohnraubabschluß abgekartet hat. Nur der entschlossene Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter kann den Herren noch einen Strich durch die Rechnung machen.

Für die Textilarbeiten bedeuten 6,8 Prozent, daß ihr Reallohn noch stärker gedrückt wird als der ihrer Klassenbrüder in den meisten anderen Branchen. Die Löhne in der Textilindustrie liegen deutlich unter dem Durchschnitt. Unter anderem hängt das damit zusammen, daß die Textilarbeiter vergleichsweise ungünstige Bedingungen im Kampf für ihre Forderungen haben. Anders als etwa in der Autoindustrie, wo der Großteil der Arbeiter in einigen wenigen industriellen Ballungsgebieten liegenden Großbetrieben zu Zehntausenden konzentriert sind, ist die Zersplitterung in der Textilindustrie ziemlich groß. Die meisten Textilarbeiter sind in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt, die weit verstreut in ländlichen Gebieten angesiedelt sind.

Auch der hohe Anteil an weiblichen Arbeitern steht im Zusammenhang mit den niedrigen Löhnen in der Textilindustrie. Bekanntlich erhalten

Fortsetzung auf Seite 5

AUS DEM INHALT

Wohnungsnot ist größer denn je ..... 2
Ackerknecht — raus! ..... 2
Sowjetisch-amerikanische Schachereien — gegen die Revolution und die Freiheit der Völker ..... 3
Mannesmann Duisburg: Brutaler Lohnraub geplant ..... 4
Elektro-Dörnemann: Roter Betriebsrat soll entlassen werden ..... 5
Würzburger Studenten kämpfen gegen faschistischen Professor ..... 6
Kämpfe der Studenten und Schüler in Heidelberg und Hamburg ..... 6
Volker Nieber freigesprochen ..... 7
Polizeiterror gegen Jugendliche ..... 7
Vor 160 Jahren: G. Herwegh geboren ..... 8
Genscher in Zaire ..... 10
Hochtief-Kapitalisten in Venezuela ..... 10
Spanien: Hunderttausende im Streik ..... 11
KP (ML) Argentiniens: An alle Antifaschisten ..... 11

## Schmidt-Lüge: Ausgeglichener Wohnungsmarkt

# Wohnungsnot ist grösser denn je

**In Hamburg hat in der vergangenen Woche der „Deutsche Mietertag“ stattgefunden. Während für die Werktätigen das Wohnungsproblem drückender denn je ist, malte Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Rede die Lage in den schönsten Farben.**

„Der Wohnungsmarkt ist ausgeglichen“, tönte er, und: „Im großen und ganzen“ habe der soziale Wohnungsbau seine Aufgabe erfüllt. Die Wirklichkeit spricht jedoch eine andere Sprache, die Wohnungsnot ist größer denn je.

Heute stehen in der gesamten Bundesrepublik fast 400.000 Wohnungen leer. Allerdings nicht deshalb, weil für sie etwa kein Bedarf vorhanden wäre. Laut einer offiziellen Statistik entsprachen z. B. im Januar 1976 41% aller Mietwohnungen nicht den offiziell festgesetzten Mindestnormen: sie waren zu klein. Dazu kommt: Ebenfalls nach offiziellen Angaben sind 7-9 Millionen Wohnungen dringend modernisierungsbedürftig und 2-4 Millionen Wohnungen abrißbedürftig. D. h., sie sind so schlecht, daß in ihnen eigentlich niemand mehr wohnen dürfte. Immer noch gibt es außerdem in der Bundesrepublik über 500.000 Menschen, die in sogenannten Obdachlosenunterkünften oder Behelfsheimen zu leben gezwungen sind, obwohl Bundeswohnungsbauminister Lauritzen schon 1972 angekündigt hatte, man werde dieses Problem „jetzt“ lösen.

Die scheinbar paradoxe Situation, daß auf der einen Seite Hunderttausende von Wohnungen leerstehen, auf der anderen Seite Millionen von Menschen gezwungen sind, in unzureichenden Wohnungen zu leben, die sie lieber heute als morgen verlassen würden, hat eine einfache Ursache: Sie können die horrenden Mieten, die ihnen von den Kapitalisten abverlangt werden, nicht bezahlen.

Und vielen von ihnen fällt es immer schwerer, die Mieten für die Wohnungen aufzubringen, in denen sie jetzt leben. Unbarmherzig haben die Kapitalisten in den vergangenen Jahren die Mieten in die Höhe geschraubt. Und die höchsten Profite strichen dabei die Wohnungsbaugesellschaften ein, die im Rahmen des „sozialen Wohnungsbaus“ Haus um Haus errichteten.

Mit Hilfe des kapitalistischen Staates und der von ihm erlassenen Gesetze steckten sich diese Gesellschaften, wie die DGB-eigene „Neue Heimat“, nicht nur Millionen DM für den Bau von Miethäusern ein, sondern vermochten es auch, die Mieten dieser angeblich „sozialen“ Wohnungen Jahr um Jahr drastisch zu erhöhen. Nichts beweist das besser als die Tatsache, daß von den 400.000 leerstehenden Wohnungen in der Bundesrepublik ein großer Teil „Sozialwohnungen“ sind.

Da eine Statistik darüber erst gar nicht angelegt ist, ist ihre genaue Zahl schwer zu schätzen. Aber nach einer Erhebung, die Ende 1975 in Bayern durchgeführt wurde, waren 61%, also weit mehr als die Hälfte aller leerstehenden Wohnungen, „Sozialwohnungen“.

Die Mieten in den „Sozialwohnungen“ sind heute für einen normalen Werktätigen beinahe unerschwinglich geworden. Einem Bericht des „Handelsblatts“ zufolge lag der Quadratmeterpreis von Sozialbauwohnungen Anfang 1976 schon bei ca. 7 DM. Inzwischen ist er weiter gestiegen und es wird angenommen, daß er in den 80er Jahren bei 13 bis 15 DM pro Quadratmeter liegt. Mietsteigerungen um 80% in knapp fünf Jahren wie in Taufkirchen, sind im „sozialen Wohnungsbau“ keine Ausnahme. Ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem Nettoverdienst von 1.495 DM muß in Düsseldorf für seine „Sozialwohnung“ 26,6% seines Einkommens für die Miete bezahlen. Und wer meint, das sei unverhältnismäßig hoch, muß sich vom Bundeswohnungsbauministerium eines besseren belehren lassen. Das hat nämlich festgelegt, daß eine solche Familie nur dann Wohngeld bekommt, wenn ihre Miete 25% des Nettoeinkommens übersteigt.

In unserer kapitalistischen Gesellschaft läßt sich das Wohnungsproblem nicht lösen. Für die Kapitalisten ist der Bau und die Vermietung von Wohnungen lediglich eine Frage des Profits, den sie herausschlagen können. Und der kapitalistische Staat hilft ihnen dabei mit Subventionen und Gesetzen, die es ihnen erlauben, den Werktätigen Wuchermieten abzuverlangen. Nach wie vor gelten deshalb heute die Worte von Friedrich Engels: **„Es ist sonnenklar, daß der heutige Staat das Elend, das aus den Wohnungen entspringt, nicht beseitigen kann und wird. Die Lösung kann nur erreicht werden, wenn die kapitalistische Produktionsweise beseitigt wird und alle Mittel des Lebens und der Arbeit durch die Arbeiterklasse selbst angeeignet werden.“**

# Ackerknecht - raus!

**Er war einer der brutalsten, einer der am meisten gehaßten Folterer des Pinochet-Regimes in Chile: Christian Ackerknecht, Oberst in der Faschisten-Armee und Befehlshaber der Kupferprovinz O'Higgins. Jetzt hat dieser Ackerknecht sein Tätigkeitsfeld geändert. Statt in den Folterkammern von Rancagua sitzt er jetzt als Militârattaché am Schreibtisch in der chilenischen Botschaft in Bonn.**




**Faschist Ackerknecht**

Chilenische Flüchtlinge berichteten, daß Ackerknecht nicht nur verantwortlich ist für die gemeinsten Folterungen, die viele der Mißhandelten das Leben gekostet haben. Er nahm auch persönlich daran teil. Wenn das Pinochet-Regime diesen Mörder nach Bonn als seinen Vertreter geschickt hat, so ist das kein Zufall. Ackerknecht ist den Bonner Herren bestens bekannt. Denn wie andere seiner faschistischen Kumpane, so war auch er Gaststudent an der Führungsakademie der Bundeswehr. Ein faschistischer Folter-Offizier, der seinen letzten Schliff, seine Befähigung für „Führungsaufgaben“ bei der Bundeswehr bekommt! Das spricht Bände über die wirklichen Beziehungen zwischen Bonn und Chile.

Denn trotz aller heuchlerischen Krokodilstränen über den Terror des Pinochet-Regimes: Die Beziehungen zwischen den Bonner Imperialisten und den Faschisten in Chile, zu deren weiterer Pflege Ackerknecht jetzt angereist ist, sind ausgezeichnet. Warum? Dazu ein Brief, den die chilenische Niederlassung der Farbwerke Hoechst unmittelbar nach dem von den amerikanischen Imperialisten inszenierten Militärputsch an ihre Frankfurter Zentrale schickte:


QUIMICA HOECHST

„Der so lange erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden. (...) Chile wird in Zukunft ein für Hoechst-Produkte interessanter Markt sein.“

Blutige faschistische Unterdrückung der Arbeiterklasse, Illegalisierung ihrer kommunistischen Partei und ihrer Massenorganisationen, Streikverbot und Lohnkürzungen — das ist das Klima, in dem die Profite der westdeutschen multinationalen Konzerne gedeihen können. Was für die Werktätigen Chiles die Hölle ist, die Imperialisten finden es „interessant“ für ihren Markt. Heute ist die Bundesrepublik nach den USA, den Oberherren Chiles, der wichtigste Handelspartner der Militär-Junta. Gerade jetzt ist der Finanzmagnat Abs nach Santiago gereist, um einen 100-Millionen-Dollar-Kredit der Deutschen Bank anzubieten.

Eine solche Unterstützung der chilenischen Faschisten durch die westdeutschen Imperialisten ruft die Empörung der Werktätigen hervor. Und ein Mörder und Folterer wie Ackerknecht, an dessen Händen das Blut unserer chilenischen Klassenbrüder klebt, hat bei uns nichts zu suchen. Ackerknecht muß raus!

In die Proteste gegen das Pinochet-Regime mischen sich aber auch scheinheilige Töne. Es sind gerade die modernen Revisionisten der D„K“P, die einen großen Wirbel um ihre sogenannte „Chile-Solidarität“ machen. Ihnen geht es nicht um die Unterstützung des Kampfes für den Sturz der faschistischen Diktatur. Ihnen geht es darum, den Verrat der chilenischen Revisionisten zu vertuschen; ihnen geht es darum, die reaktionäre Theorie vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ zu propagieren. Unter dieser verräterischen Losung sind auch die chilenischen Revisionisten angetreten. Noch unmittelbar vor dem Militärputsch erklärten sie die Armee zum „Volk in Uniform“, priesen sie den bürgerlichen Staat als ein Machtorgan des Volkes, mit dem es den Sozialismus verwirklichen könnte.

Aber die bürgerliche Armee ist ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie, mit dem sie ihre Herrschaft aufrechterhält. Sie kann ebenso wie der Staat insgesamt niemals in die Hände des Volkes übergehen. Das haben gerade die tragischen Ereignisse in Chile bestätigt. Die modernen Revisionisten, die das chilenische Volk ideologisch, politisch und militärisch entwaffnet haben, die damit zu Wegbereitern des faschistischen Putsches wurden, sie versuchen heute zu verhindern, daß die Völker die revolutionären Lehren aus den chilenischen Ereignissen ziehen. Deshalb ist es notwendig, der heuchlerischen „Chile-Solidarität“ der Revisionisten entgegenzutreten und die marxistisch-leninistische Wahrheit zu propagieren: Nur die bewaffnete Revolution, die vollständige Zerschlagung des Unterdrückerstaates, eröffnet den Weg zur Befreiung.

## Kurz berichtet

**AACHEN**

In Aachen erschien vor kurzem die erste Ausgabe der „Studentenfaust“, Zeitung des KSB/ML für die Aachener

STUDENTEN FAUST

Zeitung des Kommunistischen Studentenbundes/Marxisten-Leninisten Sektion der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML für die Aachener Hochschulen
Nr. 1 Preis 30 Pf.

Hochschulen. In der Zeitung wird unter anderem zum Kampf gegen das Landeshochschulgesetz Stellung genommen.

**DUISBURG**

In Duisburg erschien jetzt die erste Ausgabe der Zeitung „Klassenkampf“. „Klassenkampf“ ist eine Zeitung der Roten Garde für die Berufsschulen im Duisburger Norden. In dieser ersten Aus-

Klassen-Kampf

Zeitung der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML für die Berufsschulen im Duisburger Norden Nr.: 1

gabe stellt sich „Klassenkampf“ den Schülern vor. Außerdem enthält die Zeitung unter anderem ein Interview mit Schülerinnen einer Frauenberufsschule.

**PENZBERG/MÜNCHEN**

Zum Gedenken an einen antifaschistischen Aufstand in Penzberg führten Genossen der Roten Garde eine kleine Gedenkkundgebung durch. In Penzberg hatten am 28. April 1945 revolutionäre Arbeiter, Mitglieder der KPD und Sozialdemokraten versucht, der Naziherrschaft durch einen Aufstand ein Ende zu bereiten. Der Aufstand wurde aber von der SS brutal niedergeschlagen. Sechzehn Revolutionäre wurden erschossen oder erhängt, darunter auch eine hochschwangere Frau, bei deren Ermordung ihr kleiner Sohn zusehen mußte. An einem aus diesem Anlaß errichteten Denkmal legten die Genossen ein Blumengebinde mit einer roten Schleife und der Aufschrift „Wir kämpfen weiter — KPD/ML“ nieder.

Wie sie später feststellen mußten, hatte jemand das Gebinde der Partei weggenommen und die Blumen zerfetzt. Zwei Kränze der Stadt Penzberg und der SPD, die ebenfalls dort lagen, waren jedoch unbeschädigt geblieben. Wer die Täter waren, war klar — denn anstelle des Gebindes der Partei lag jetzt dort ein Kranz der SDAJ.

**RADOLFZELL**

Mit einem Flugblatt und einem kleinen Plakat rief die Rote Garde Radolfzell zum Kampf gegen ein Treffen der faschistischen Organisation HIAG auf, in der ehemalige Mitglieder der SS organisiert sind, unter anderem Angehörige des Waffen-SS-Bataillons „Germania“, das in Radolfzell stationiert war.

*Offen gesagt ...*

# Redeverbot für die Arbeiter-Polizeischutz für den Kanzler

Kurz vor dem Besuch von Schmidt und Stobbe in Westberlin überlegte ein Borsig-Arbeiter, warum die zweifelhafte Ehre dieses hohen Staatsbesuches wohl nicht den Arbeitern der „Spinne“ oder von AEG-Ackerstraße zuteil wurde. Er kam zu dem Schluß: „Dazu hat er keinen Mut, weil sie ihn da rausprügeln.“

Tatsächlich hat sich Schmidt mit Bedacht den Betrieb ausgesucht, wo er sich als „Berliner Volkstribun“ präsentieren wollte. Denn Borsig ist — im Gegensatz zur „Spinne“ , zu AEG-Ackerstraße — ein Betrieb, in dem in der letzten Zeit keine Massenentlassungen stattfanden und in naher Zukunft keine bevorstehen. Außerdem schienen dem Kanzler die Hallen dieses alten deutschen Rüstungsbetriebes offenbar besonders passend, um seinen Standort zur Entspannungs- und Berlinpolitik klar zu machen.

Man weiß nicht, ob sich die Worte des Borsig-Arbeiters bewahrheitet hätten, wäre Schmidt zu den Arbeitern dieser beiden Betriebe gegangen. Fest steht allerdings, daß er auch den Borsig-Arbeitern nicht über den Weg traute. Sie bekamen in diesen Tagen eine Lektion über die „Freiheit“, die Schmidt meinte, die sie so schnell nicht vergessen werden — vor allem die älteren Borsig-Arbeiter nicht, die bereits zur Zeit des Hitler-Faschismus den Empfang von „hohem Besuch“ in diesem Betrieb erlebten:

Auf dieser Versammlung, wo Schmidt die „Verteidigung von Freiheit und Demokratie“ beschwor, da mußten die Arbeiter schweigen. Die Aussprache wurde von der Tagesordnung gestrichen. Dafür schlich die Kripo sogar nachts im Werk herum. Und weil die Kripo-Beamten ihre Augen schließlich auch nicht überall haben können, bewaffnete man auch den Werkschutz. In der Westhalle, in der Schmidt und Stobbe sprachen, wurde alles genauestens abgesucht. Für die Betriebsversammlung selbst wurde die Anweisung ausgegeben, daß niemand während der Versammlung auf die Krananlage dürfe. Am Samstag wurden sogar einzelne Kollegen am Tor abgetastet. Strikteste Sicherheitsmaßnahmen und viel Polizei schließlich bei der Versammlung selbst.

Bekanntlich kann Schmidt in seinen Reden zur „inneren Sicherheit“ nicht oft genug betonen, daß 60 Millionen Bürger auf seiner Seite stehen — im Bundestag und im Fernsehen ist er ja auch weit genug von ihnen entfernt.

In die Nähe dieser Bürger — auch wenn es nur einige hundert Borsig-Arbeiter sind — traut er sich jedoch nur umgeben von einem Polizeikordon. Von „Freiheit“ zu reden, wagt er auf einer Arbeiterversammlung nur, wenn den Arbeitern vorher befohlen wird, zu schweigen.

Aus gutem Grund. Denn die Meinung der Borsig-Arbeiter zu diesem ungebetenen Besuch konnte man schon vorher überall auf Klebern an den Wänden von Borsig lesen: „Raus mit Schmidt und Stobbe! Nieder mit der Lügenpropaganda dieser Vertreter des Monopolkapitals!“

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten
HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde“. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

# Sowjetisch-amerikanische Schachereien- gegen die Revolution und die Freiheit der Völker

**„Die konterrevolutionären sowjetisch-amerikanischen Schachereien sind auf der Grundlage der Klasseninteressen der amerikanischen und sowjetischen imperialistischen Bourgeoisie entstanden, um die Revolution überall auf der Welt niederzuhalten“, heißt ein Kommentar aus der Sendereihe von Radio Tirana „Die beiden Supermächte, die gefährlichsten Feinde der Menschheit“, den wir im folgenden abdrucken.**

Ein Merkmal der heutigen Weltpolitik ist die sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit und Rivalität. Dieser Zusammenarbeit liegen die gemeinsamen hegemonistischen Interessen und Ziele zur Aufteilung und Neuaufteilung der Einflußbereiche und zur Errichtung der Weltherrschaft der beiden imperialistischen Supermächte, der USA und der Sowjetunion, zugrunde.


## Abonniert Radio Tirana Ausgewählte Sendungen




Die Radio-Tirana-Sendungen enthalten wichtige politische Analysen, Kommentare, Informationen und Nachrichten über den sozialistischen Aufbau in Albanien, die Kämpfe der Werktätigen in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern, die revolutionären Kämpfe in aller Welt, die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Weltbewegung. Sie stellen den Standpunkt der Partei der Arbeit Albaniens zu internationalen Fragen und zu grundlegenden Fragen des Marxismus-Leninismus und des Kampfes gegen den modernen Revisionismus und alle opportunistischen Strömungen dar. Die Hefte „Radio Tirana — Ausgewählte Sendungen“ erscheinen vierzehntägig. Je Heft 48 Seiten, Einzelheft DM 1,00, Abonnement für ein Jahr DM 26,00, für ein halbes Jahr DM 13,00. Kostenlose Probeexemplare können angefordert werden.

Zu bestellen bei: Rotfront-Verlag Postfach 3746, 2308 Kiel 1

**In der neuesten Ausgabe von „Radio Tirana — Ausgewählte Sendungen“ (Nr. 10/77): Die wichtige Rede von Ramiz Alia, dem Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, auf der Tagung des Generalrats der Demokratischen Front am 7. Mai.**


Auf welcher Basis entstand diese Zusammenarbeit? Für welche Ziele wurde sie ins Leben gerufen und gegen wen ist sie gerichtet?

Den Völkern der ganzen Welt ist es nunmehr klar, daß die beiden imperialistischen Supermächte, USA und Sowjetunion sowie die reaktionäre Bourgeoisie eines jeden Landes, auf das sich ihr Einfluß erstreckt, die Feinde der Revolution, der Freiheit und der unterdrückten Nationen, die Kriegstreiber und Urheber der Kriege sind. Diese Mächte vertreten den brutalen Weltkapitalismus, der auf der unmenschlichen Ausbeutung der Völker beruht. Dies ist die Klassengrundlage, auf der die konterrevolutionäre sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit entstand.

Da dem Vorgang des Ausbaus und der Festigung der konterrevolutionären sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit die Klasseninteressen der amerikanischen und sowjetischen Bourgeoisie, um das kapitalistische System beizubehalten und die Welt zu beherrschen, zugrunde liegen, hat er alle Gebiete erfaßt, Politik, Wirtschaft und Militärwesen. Diese Zusammenarbeit gewann mit dem Geist des Treffens von Camp David zwischen Chruschtschow und Kennedy im Jahre 1959 Gestalt, und sie entwickelte sich weiter in der Atmosphäre des berüchtigten Moskauer Abkommens über das teilweise Verbot für Kernwaffenversuche im August 1964. Bei dem Junitreffen im Jahr 1967 in Glasbarrow zwischen Johnson und Kossygin und bei dem Treffen der letzten Jahre zwischen Breschnew, Nixon und Ford erreichte sie eine höhere Phase. Bei diesen Treffen wurden neue Komplotte gegen den Sozialismus, den Frieden und die Freiheit der Völker ausgeheckt.

Seit Ende des zweiten Weltkrieges hat der amerikanische Imperialismus eine verbrecherische Politik und Tätigkeit gegen den Kommunismus und die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker betrieben. Er hat stets danach getrachtet, in Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und der Reaktion die Revolution abzuwürgen. Dies bestätigen die Ereignisse in Korea und Vietnam, wo der amerikanische Imperialismus die abscheulichsten Verbrechen ausübte. Die Intervention im Kongo, in der Dominikanischen Republik, im Nahen Osten, die faschistischen Staatsstreiche in Chile, in Argentinien und anderswo beweisen dies deutlich.

Mit dem Auftreten des Chruschtschow-Revisionismus und der Umwandlung der Sowjetunion in ein sozial-imperialistisches Land fanden die amerikanischen Imperialisten einen Partner, mit dem sie gemeinsame strategische Ziele hatten, um den Sozialismus zu bekämpfen und die Revolution niederzuhalten. **„Mit dem Aufkommen des Chruschtschow-Revisionismus“, hat Genosse Enver Hoxha gesagt, „erhielt der Weltimperialismus einen neuen Verbündeten, eine neue sehr starke Agentur.“** Dieser Zusammenarbeit liegen ihre gemeinsamen Interessen und Ziele zur Aufteilung der Einflußbereiche und zur Errichtung der Weltherrschaft der beiden Supermächte zugrunde.

Aber unabhängig von der heftigen Rivalität zwischen ihnen bei mehreren Fragen der internationalen Politik sind letzten Endes sowohl die amerikanische wie die sowjetische imperialistische Bourgeoisie daran interessiert, eine gemeinsame Sprache der Zusammenarbeit zu finden. Die Bereitschaft der beiden Supermächte, ihre allseitigen Beziehungen fortzusetzen und weiter auszubauen, ist ein Beweis dafür, daß zwischen ihnen eine Einheit imperialistischer Interessen existiert, deren Verwirklichung gemeinsames Handeln erfordert. In dieser Hinsicht fällt das gemeinsame konterrevolutionäre Ziel der beiden imperialistischen Supermächte zusammen: Es ist der Haß auf die Revolution und den Kommunismus.

Daher sind die Hauptrichtungen der konterrevolutionären sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit folgende: Kampf gegen den Sozialismus, gegen die revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte und gegen die sozialistische Ideologie, Kampf gegen die nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie Kampf gegen die revolutionären Bewegungen der Völker aller Welt.

Dadurch, daß sie ihren Kampf in erster Linie gegen die marxistisch-leninistischen revolutionären Kräfte und gegen den Sozialismus richten, wollen die USA-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten die marxistisch-leninistischen Parteien zerstören und entarten, sie in Parteien sozialdemokratischen Types verwandeln. Das ist auch das gemeinsame Ziel der internationalen imperialistischen Bourgeoisie.

Auch hinsichtlich der Unterdrückung und des Abwürgens der Befreiungskämpfe der Völker gibt es zahlreiche Tatsachen, die die sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit entlarven. Es genügt, wenn wir die Bildung der ständigen UNO-Streitkräfte erwähnen, dieser internationalen Gendarmerie der Imperialisten und der Revisionisten, als Waffe zur Unterdrückung der revolutionären und Befreiungsbewegung auf der ganzen Welt.

In ihrem Bemühen, die Revolution abzuwürgen, haben die USA-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten in der reaktionären Bourgeoisie eines jeden Landes, auf das sie Einfluß haben, einen verläßlichen Verbündeten. So sind z. B. in Lateinamerika die engen Bundesgenossen der amerikanischen Imperialisten bei der Niederschlagung der Revolution die faschistischen Militärjunten, die die Interessen der Großbourgeoisie vertreten. In Europa haben die amerikanischen Monopole in ihrem Kampf zur Niederhaltung der Revolution die Unterstützung der europäischen Monopolbourgeoisie. Auch die sowjetischen Sozialimperialisten sind offen vorgegangen, um die Revolution niederzuschlagen. Bei den Ereignissen an der polnischen Ostseeküste im Dezember 1970, als die polnische Arbeiterklasse sich gegen die revisionistische Herrschaft erhob, beteiligten sich die Panzer Breschnews an der Unterdrückung dieser Revolte und zwar mit Unterstützung der polnischen Revisionistenclique.

Um die Revolution niederzuhalten, haben die beiden imperialistischen Supermächte, USA und Sowjetunion, die NATO und den Warschauer Pakt gegründet, die gemeinsam mit den bürgerlichen und revisionistischen Armeen die starke Schlagkraft gegen die Revolution und den Sozialismus, gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker darstellen. Unter diesen Bedingungen ist es die Aufgabe der Revolutionäre und der Völker, einen entschlossenen Kampf zu führen, sowohl gegen die beiden Supermächte, deren Interessen von der amerikanischen und der sowjetischen imperialistischen Bourgeoisie vertreten werden, als auch gegen die reaktionäre Bourgeoisie eines jeden Landes, die das kapitalistische System verewigen und die Revolution erdrosseln wollen.

**„Die heutigen Bedingungen“, sagte Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA, „erfordern, daß dieser unerbittliche und allseitige Kampf von allen Völkern der Welt, von allen fortschrittlichen Menschen geführt wird, denen die wirklichen und vollständigen Interessen ihrer Völker am Herzen liegen und für die sie zum Ziel ihres Kampfes und ihres Lebens geworden sind. Dieser Kampf wird umso entschlossener, kontinuierlicher und stets ansteigend sein, wenn er vom Weltproletariat und seiner Vorhut, der von der unfehlbaren Theorie des Marxismus-Leninismus geleiteten Kommunistischen Partei geführt wird.“**

## Streit um Berlin-Abkommen

# Schmidt und Honecker- Feinde des deutschen Volkes

Fortsetzung von Seite 1

Zaren im Kreml haben diesen Vertrag längst zerrissen. Heute ist die DDR nur noch so frei, den Entscheidungen über ihre Politik, die in Moskau gefällt werden, zuzustimmen. Die russischen Sozialimperialisten — die wirklichen Herren in Ostdeutschland — setzen die Souveränität der DDR bei ihren Schachereien mit den amerikanischen und westdeutschen Imperialisten ein. So haben sie die Zugeständnisse beim Berlin-Abkommen deshalb gemacht, weil Bonn ihre Zustimmung zu diesem Abkommen zur Bedingung für die Verabschiedung der Bonn-Moskauer Verträge gemacht hat, von denen sich die Kreml-Herren Kredite zur Aufpäppelung ihrer verrotteten kapitalistischen Wirtschaft erhofften und die Möglichkeit, verstärkt nach Westeuropa vorzudringen.

Ein solches Abkommen, das den Besatzer-Status der Supermächte bestätigt, mit dem sie sich das „Recht“ nehmen, über das Schicksal Berlins zu entscheiden, ein solches Abkommen, das den westdeutschen Revanchisten Verfügungsgewalt über Westberlin gibt und damit ihren Appetit noch weiter anreizt, wie soll das dem Frieden und der Entspannung dienen? Es hat genau wie die anderen Ost-West-Verträge, genau wie die Unsicherheitskonferenz von Helsinki die Widersprüche zwischen den imperialistischen Räubern nur verschärft. Denn jeder versucht es in seinem Sinne auszulegen, versucht so viel wie möglich für sich dabei herauszuholen, wieweit er gegenüber der anderen Seite gehen kann.

Genau darum handelt es sich jetzt auch bei den Streitereien zwischen Schmidt und Honecker. Wobei der Chef der ostdeutschen neuen Bourgeoisie nur als Sprachrohr Moskaus auftritt. Denn das gegenwärtige Regime in der DDR ist ein Vasallenregime der Sozialimperialisten, das sich in jeder Hinsicht der Oberherrschaft der Kreml-Herren unterworfen hat. Die westdeutschen Imperialisten auf der anderen Seite sind die Komplizen der amerikanischen Supermacht. Aber sie haben auch eigenständige Interessen. Die hat der damalige Bundeskanzler Brandt unmittelbar nach der Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens zum Ausdruck gebracht: „Wir müssen die Folgen der Spaltung des Vaterlands überwinden. Das Berlin-Abkommen, ich bin davon überzeugt, stellt einen wichtigen Schritt in dieser Hinsicht dar. Der Weg ist frei!“

Welcher Weg? Überwindung der Spaltung — das heißt für die westdeutschen Imperialisten nichts anderes als die Erfüllung ihrer Träume von einer Vereinigung Deutschlands unter ihrer Herrschaft. Deshalb nutzen sie, im Windschatten der amerikanischen Imperialisten segelnd, die Rivalität zwischen den beiden Supermächten aus, um ihren Zielen näher zu kommen. Deshalb brachte Schmidt in Berlin auch die amerikanische Supermacht ins Spiel und erklärte unter Anspielung auf die Beschlüsse des letzten NATO-Gipfeltreffens drohend, Präsident Carter wisse sehr genau, „wie wichtig Berlin für die freie Welt“ sei. Deshalb hat sich Bonn auch niemals gegen die im Viermächte-Abkommen bestätigten sogenannten Vorbehaltsklauseln gewandt, nach denen die Westmächte, vor allem die amerikanischen Imperialisten, „die oberste Gewalt in den Westsektoren Berlins ausüben“.

Wenn Schmidt, wie jetzt auf der Borsig-Betriebsversammlung, gegen das Honecker-Regime vom Leder zieht, dann will er damit die Werktätigen vor den Karren des Revanchismus spannen, will er sie für die Verteidigung der Präsenz der amerikanischen Besatzer in der DBR und vor allem in Westberlin mobilisieren. Das gleiche gilt auch für seine Angriffe gegen die Mauer. Natürlich geht es den westdeutschen Imperialisten nicht um „Menschlichkeit“. Ihnen, die im eigenen Land die Faschisierung vorantreiben, die aus der Zusammenarbeit mit den faschistischen Cliquen von Brasilien bis Indonesien riesige Profite schlagen, geht es darum sich gegenüber den Werktätigen der DDR als Befreier aufzuspielen.

Aber wenn Honecker darauf antwortet: „Uns bedeutet die Mauer Sicherheit und Frieden, also das höchste Gut der Menschen“, dann gilt das für ihn und seinesgleichen, gilt das für die russischen Besatzer, nicht aber für die Werktätigen in der DDR. Gegen sie ist die Mauer gebaut, sie ist ein deutlicher Ausdruck der Tatsache, daß die revisionistischen Verräter die sozialistische DDR in ein Gefängnis verwandelt haben.

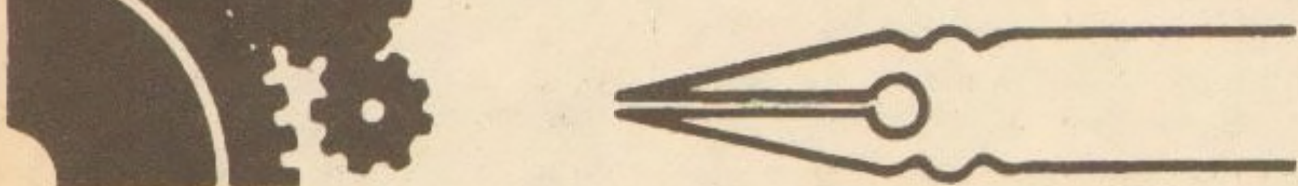
Für die Werktätigen, für das deutsche Volk in beiden deutschen Staaten ist es keine wirkliche Alternative, sich von den westdeutschen Revanchisten oder umgekehrt von den russischen Sozialimperialisten „befreien“ zu lassen, ist es keine Alternative, statt von der einen sich von der anderen Bourgeoisie unterdrücken und ausplündern zu lassen. Das deutsche Volk hat einen klaren Weg: die proletarische Revolution in Ost und West, den gewaltsamen Sturz der Unterdrücker in beiden deutschen Staaten, die Vertreibung der Supermächte aus ganz Deutschland, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Diesen Weg weist die KPD/ML, weisen ihre Sektionen in der DBR, in der DDR und in Westberlin.





Verlag Naim Frashëri, Tirana. Unveränderter Nachdruck Verlag Roter Morgen. 280 Seiten, DM 5,00. Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 50 05 68. Tel.: 040 / 3 90 29 59.

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

## Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

## DGB-Umschulung: Beleidigungen in den Beurteilungsbögen

Genossen!

Wir sind mit ca. 40 Mann in einer Umschulung zum Maschinenschlosser. Wir sind ziemlich gemischt, da sind Seeleute, Bauleute, Fabrikarbeiter und Oberschüler. Fast alle sind älter. Aber was uns alle eint, ist der Wille, unseren Facharbeiter nachzumachen. Das fing auch schön und gut an.

Ihr müßt nämlich wissen, daß unser Bildungsträger das Berufsförderungswerk des DGB ist. Und so schilderten diese Herren zu Anfang alles in den rosigsten Farben: daß wir ja leider durch die Jahre unseren Wissensstand abgebaut hätten (zu gut deutsch, daß wir doof sind) und das Berufsförderungswerk uns jetzt auf die Sprünge helfen würde und am Ende der Facharbeiter rauskommen würde. Natürlich wurde auch nicht unterlassen, auf unser „Mitbestimmungsrecht" hinzuweisen.

Denkste! Gleich in der ersten Woche bekamen wir zu spüren, wie der Hase läuft. Das Gebäude war noch gar nicht fertig instandgesetzt und möbliert. Später versicherte man uns, daß die Maßnahme so früh begonnen wurde, damit wir unser Unterhaltsgeld vom Arbeitsamt früh genug bekommen hätten. Das ist eine glatte Lüge, denn wir hätten ja Arbeitslosengeld bekommen, und mit dem Unterhaltsgeld ist das so, daß einige das bis heute noch nicht haben! Dafür durften wir dann die erste Woche ohne Heizung im Kalten sitzen, während des Unterrichts wurde gehämmert und in der Werkstatt konnte man wegen des fehlenden Lichts nicht einmal die Anrißmarken auf den Werkstücken sehen. Einmal hatten wir wegen der Kälte die Schnauze so voll, daß wir nach Hause gegangen sind. Am nächsten Tag ging die Heizung plötzlich.

Außerdem ist noch zu sagen, daß wir die Möbel und Maschinen, die in den ersten Wochen ankamen, ausladen und reintragen durften. Von daher kann man sagen, daß zunächst wir dem Bildungswerk mehr geholfen haben, Arbeitskräfte und Geld einzusparen, als es uns half, unseren „Bildungsabfall" zu beseitigen. Aber es sollte ja noch schöner kommen.

Denn die großartige Hilfe, die uns zugesichert worden war, bestand darin, den Stoff im Galopp durchzupauken. Zum Beispiel besaß einmal ein Lehrer die Frechheit zuzugeben: „In der Realschule haben Sie für den Dreisatz vier Monate Zeit — wir machen ihn jetzt in 15 Minuten."

Wir haben uns geschlossen geweigert, über das alles nach acht Wochen eine Zwischenarbeit zu schreiben. Aber beurteilt hat man uns trotzdem. Und zwar nach Beurteilungsbögen, wo solche Beleidigungen wie „begriffsstutzig", „faul", „großmäulig", „Querulant", „liederlich" daraufstehen. Als wir das einem Ausbildungsleiter unter die Nase hielten, sagte er, das hätte nichts zu bedeuten, wir dürften nur nicht in den letzten Spalten stehen. Derselbe Herr behauptet übrigens von sich, daß er einen neuen Lehrling nach acht Stunden fachlich einschätzen kann — ein toller Hecht!

Bei den Beurteilungen ist herausgekommen, daß die Arbeitshaltung eine entscheidende Rolle spielt. Kollegen, die theoretisch wie praktisch gut waren, wurden statt zum Facharbeiter zum Werker abqualifiziert, weil ihre Arbeitshaltung angeblich schlecht war. Wie wir inzwischen erfahren haben, versteht sich dabei unter Arbeitshaltung, ob man im Unterricht aufmuckt und seine Meinung sagt. Bei der Bewertung zeigte sich auch wieder die großartige Hilfeleistung. Es wurde nicht gesagt: „Hier hast du Mängel und da bist du gut", sondern wir wurden einfach zu Facharbeitern oder Werkern gestempelt, ohne genau zu wissen warum. Dabei ist für die Facharbeiter aber auch noch nicht alles ausgestanden, denn um über den Werker hinauszukommen, müssen sie in der Prüfung eine 2 bringen.

Ich meine, daß man hieran erkennen kann, was die Gewerkschaft wirklich unter „Hilfestellung" und „Mitbestimmung" versteht — das sind nur Schlagworte zum Ködern. Sie bedeuten in Wirklichkeit Fußtritte und Unterdrückung. Aber wir lassen uns nicht bange machen und kämpfen weiter.

Rot Front!

## Ausbeutung bei Linde AG, Kassel

Im Industriegebiet Waldau hat die Linde AG eine Filiale. Dort werden in riesigen Kühllagern Milliardenwerte im Auftrag von Firmen wie Langnese, Schwartau, Stute etc. und auch vom Staat gestapelt. Das Sortiment reicht von Obst, Gemüse, Eis über Fleisch — insbesondere Jungbullen — zum Butterberg. Fest angestellt sind neben den Angestellten in den Büros ein Vorarbeiter, fünf Gabelstapler und ein älterer Arbeiter, dessen Hauptaufgabe wohl darin liegt, daß alles seine Ordnung hat und bei Feierabend alles sauber ist, denn darauf achtet der Chef ganz besonders. Er selbst kreuzt übrigens gegen 11 Uhr mit seinem Mercedes auf, schaut überall herum und läßt dumme Sprüche los.

Daneben gibt es noch andere für die Schwerarbeit, nämlich jene, die die Lastzüge bzw. die Waggons aus dem In- und Ausland be- und entladen. Denn das wenigste wird auf Palette geliefert. (Hierbei sind sich die profitgierigen Kapitalisten nicht einig, da ja eine Palette abhanden gehen könnte). Und das ist weder eine leichte noch ungefährliche Arbeit. Denken wir an das Verladen von Bullenvierteln, die fast zwei Zentner wiegen und gefroren wie Eisen sind. Oder an die Stapler; erst vor ca. einem Monat ist dem Vorarbeiter einer über den Fuß gefahren, alle Zehen gebrochen, und der Stapler war leer, sonst wäre der Fuß platt gewesen.

Da man hierzu kräftige und billige Arbeitskräfte braucht, holt man sie von einem Männerwohnheim der Heilsarmee (vom Sozialamt unterstützt). Zum größten Teil Lumpenproletarier, Trinker und ehemals Eingesessene etc., die dort mit zehn Mann auf einer Bude liegen und auch noch reichlich Miete zahlen. Sie kriegen bei Linde 6 DM unversteuert bar auf die Hand. Auf diese Weise spart Linde die Lohnsummensteuer an die Stadt. Und mit Sozialversicherung etc. ist natürlich auch nichts. So geht es auch den Studenten und Schülern, die dort ihre Ferien arbeiten müssen, weil es sonst nichts anderes gibt.

Doch damit nicht genug! Sie bestimmen, wieviel Leute arbeiten, je nach Bedarf. Ist viel Arbeit da, womit sie nicht gerechnet haben, so fahren sie vor sieben Uhr einfach zum Heim und holen sich die Leute, abends — manchmal sogar tagsüber — sagen sie ihnen „auf Wiedersehen", oder, wenn den Tag drauf noch entsprechend Arbeit da ist, behalten sie die, die am härtesten gearbeitet haben.

Auch die fest angestellten Arbeiter liegen netto noch unter 1.000 DM, es sei denn, sie sind schon längere Zeit da. So ist ein Herumkommen, wenn man Familie hat, ohne daß die Frau mitarbeitet, völlig unmöglich.

Rot Front!
Ein Sympathisant aus Kassel.

### Kurzarbeit bei Mannesmann in Duisburg

# Brutaler Lohnraub geplant

**Einen brutalen Angriff auf die Arbeiter und kleinen Angestellten haben die Kapitalisten bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg-Huckingen gestartet. Sie planen auf der Hütte für die gesamte zweite Hälfte dieses Jahres (von Juli bis Dezember) Kurzarbeit. In dieser Zeit soll die Produktion von monatlich 375.000 Tonnen auf 186.000 Monatstonnen gesenkt werden, also um mehr als die Hälfte. Das Siemens-Martinwerk (SMW) soll während dieser Zeit ganz zugemacht, die 200 Mann starke Belegschaft vorübergehend auf andere Betriebe der Hütte umgesetzt werden. Auch der Hochofen 6 soll für ein halbes Jahr stillgelegt werden. Tausende von Arbeitern und kleinen Angestellten werden von der Kurzarbeit betroffen sein. Die bisherigen Angaben über die Anzahl der Betroffenen schwanken zwischen 3.500 und 8.000 (die Gesamtbelegschaft der Hüttenwerke liegt bei rund 10.000).**

Noch ist nicht ganz klar, wieviele Feierschichten pro Monat verfahren werden sollen. Bei der enormen Produktionseinschränkung werden es jedoch mit Sicherheit außerordentlich viele sein. Die inoffiziellen Angaben bewegen sich hier zwischen 4 und 10 Feierschichten pro Monat. Ein voller Arbeitsmonat umfaßt 21 Schichten. Daran läßt sich ablesen, daß die Kollegen mit überaus empfindlichen Lohneinbußen rechnen müssen. Voraussichtlich mit mindestens 100 Mark weniger im Monat, möglicherweise aber auch mit mehr als 200 Mark weniger.

Wie ist die Haltung des Betriebsrats? Der Betriebsrat bei den Mannesmann-Hüttenwerken wird von den D„K"P-Revisionisten und von linken Sozialdemokraten beherrscht. An seiner Spitze steht der Arbeiterverräter Herbert Knapp, Mitglied der SPD, der aber auch eng mit der D„K"P verbunden ist. Praktisch unterstützen diese Verräter die Kurzarbeitspläne der Kapitalisten. Sie fordern, die Kurzarbeit müsse auf die gesamte Belegschaft gerecht verteilt werden, und zwar durch zeitweilige Umbesetzungen. Das bedeutet, daß auch die Kollegen in jenen Teilen der Hüttenwerke in die Kurzarbeit einbezogen werden, in denen die Produktion nicht eingeschränkt wird. Das ist ein Verrat an den Interessen der Mannesmann-Arbeiter.

Anstatt seine Zustimmung zu den Kurzarbeitsplänen zu verweigern und vollen Lohnausgleich zu fordern, tritt der Betriebsrat dafür ein, daß die Belegschaft diesen brutalen Angriff auf ihren Lohn akzeptieren soll. Diese Art von „Gerechtigkeit" hat nur den Sinn, es den Kapitalisten zu erleichtern, auf dem Rücken der Belegschaft ihre Profite abzusichern.

Die Mannesmann-Bosse geben sich jedoch nicht damit zufrieden, daß die Arbeiter und kleinen Angestellten die finanziellen Auswirkungen der Kurzarbeit ausbaden sollen. Sie nutzen skrupellos die Lage aus, um die Rationalisierung voranzutreiben und die Arbeitshetze weiter zu steigern. So wird gemunkelt, es würden „Abschußlisten" angelegt, auf die alle Kollegen eingetragen werden, die häufiger krank sind.

Die Empörung über die Angriffe der Mannesmann-Bosse und über den Verrat der Betriebsratsclique wächst auf der Hütte. Eine Stütze ist den Mannesmann-Arbeitern der „Röhrenkieker", die Betriebszeitung der KPD/ML. Mit einem Extrablatt hat der „Röhrenkieker" die Belegschaft über die Kurzarbeitspläne informiert und die Kollegen zum Kampf dagegen aufgerufen.

## Große Kampfbereitschaft bei BASF

Fortsetzung von Seite 1

leicht auch 4 Zehntelprozent, ein paar Pfennige mehr, mit denen die Arbeiter abgespeist werden sollen — das ist es, was hinter der radikal klingenden Parole „das Lohndiktat brechen" steckt. Das ist ein übler Verrat an den Interessen der Chemiearbeiter. Es zeigt, daß die Bonzen gar nicht daran denken, den Kampf für eine wirkliche Lohnerhöhung zu organisieren.

Das ist genau der gleiche schmutzige Trick, den im vergangenen Jahr die Bonzen der IG Druck und Papier anwendeten. Damals war die ursprüngliche Forderung des Gewerkschaftsapparates 9%. Die Kapitalisten boten 4,5%. Es kam zur Urabstimmung. Schon bevor der Streik begonnen hatte, ließ Oberbonze Mahlein verlauten, „eine 6 muß vor dem Komma stehen". Bekanntlich gelang es dem Gewerkschaftsapparat dann ja auch, trotz des großen Streiks der Druckereiarbeiter, ihnen schließlich den Schandabschluß von 6% aufzuzwingen. „Haben wir für die paar lumpigen Pfennige wochenlang gestreikt?!" fragten damals voller Wut viele Druckereikollegen.

Mit dieser Taktik arbeitet der Gewerkschaftsapparat natürlich der Antistreikpropaganda der Kapitalisten direkt in die Hände. So heißt es zum Beispiel in einer Propagandaanzeige zur Tarifrunde, die BASF in die Tageszeitungen setzen ließ: „Ein Streik hätte für die BASF, die Mitarbeiter und ihre Familien sehr ernste Folgen... Wir sehen keine Rechtfertigung für einen Streik. Risiko und Streitwert stehen in keinem Verhältnis zueinander."

Mit anderen Worten: „Was wollt ihr denn für ein paar Zehntelprozent streiken, da habt ihr doch mehr Nachteile." Und um dies zu unterstreichen, zahlt BASF schon seit dem 1. Mai „freiwillig" 7% mehr. Für die Arbeiter gibt es da nur eine Antwort: sich gegen die Kapitalisten und den verräterischen Gewerkschaftsapparat zusammenschließen und selbständig, im Vertrauen auf die eigene Kraft, für eine wirkliche Lohnerhöhung kämpfen.

Die Demonstration im Anschluß an die Belegschaftsversammlung zeigte eindrucksvoll, daß die Kollegen bereit sind zu kämpfen und ließ ahnen, welche Gefahr es für die Kapitalisten bedeutet, wenn Zehntausende bei BASF sich zum Kampf erheben. Sie zeigte zugleich aber auch, daß unter der Führung des Gewerkschaftsapparates die Kampfkraft nicht zum Durchbruch kommen kann, daß dabei jeder Aktion die revolutionäre Spitze abgebrochen wird.

Kilometerlang wälzte sich der mächtige Demonstrationszug aus dem Tor 11 auf die Straße. Der Verkehr kam vollständig zum Erliegen. Sprechchöre wurden gerufen (unter anderem: „Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will!") und Lieder wurden gesungen. Als der Zug durch das Tor 3 dann wieder ins Werk hineinmarschierte und als sich die 15.000 dann vor dem Verwaltungsgebäude drängten, donnerten Sprechchöre: „Seefelder raus!" (Seefelder ist Vorstandsvorsitzender des BASF-Konzerns.)

Die Gewerkschaftsbonzen und Arbeiterverräter wurden nervös und wiegelten aus Leibeskräften ab. Sie blockierten den Eingang, um zu verhindern, daß die Massen das Gebäude besetzten. Als sie eilig eine Delegation aufstellten, die zu den Bossen geschickt werden sollte, ertönten Sprechchöre: „Alle rein!" Ein Teil der Arbeiter begann einen Sitzstreik vor dem Gebäude. Aber alles, was zu einer Ausweitung der Aktion führen konnte, wurde von den Bonzen sabotiert. So gelang es den Arbeiterverrätern dann, die Aktion kurz vor der Mittagspause abzubrechen und zu verhindern, daß „der Mittwoch zum Streiktag" wurde, so wie es in einem Extrablatt der Betriebszeitung der KPD/ML, „Rote Kolonne", propagiert worden war, und wie es viele Kollegen gefordert hatten.

Während der Gewerkschaftsapparat von innen heraus den Kampf der Arbeiter abwiegelt, betreibt BASF gleichzeitig im Zusammenspiel damit eine üble Einschüchterungskampagne. Dazu gehören z. B. Briefe, die von Seefelder selbst unterschrieben waren. Sie wurden an alle Belegschaftsangehörigen der BASF in Ludwigshafen verschickt und warnten „vor den Folgen eines Streiks". Dazu gehörte ferner ein übler Drohbrief an die Lehrlinge und an deren Eltern, des Inhalts: „Wer mitstreikt, fliegt raus." Dazu gehören spaltenlange Anzeigen der BASF in den Tageszeitungen, mit denen gegen einen Streik Stimmung gemacht wird. Auch das unverschämte Verbot, die Urabstimmung auf dem Werksgelände durchzuführen, schlägt in diese Kerbe.

Nicht zuletzt gehört zu den Einschüchterungs- und Drohmaßnahmen der Einsatz von zehn Polizisten gegen Flugblattverteiler des Gewerkschaftsapparates vor einen Werktor von BASF. Bei diesem Polizeieinsatz wurde sogar der bekannte Arbeiterverräter und D„K"P-Betriebsrat Otto Zimpelmann kurzfristig festgenommen. Natürlich richtete sich diese Polizeiaktion in Wahrheit keineswegs gegen den IG-Chemie-Apparat und die D„K"P-Revisionisten. Er war als eine massive Drohung an die Adresse der Arbeiter gedacht nach dem Motto: „Wenn ihr ernst macht, dann wird Polizei gegen euch eingesetzt." Beim Gewerkschaftsapparat dagegen entschuldigte sich der Polizeipräsident persönlich für den „Mißgriff" und versicherte, künftig würden alle Polizeieinsätze vorher mit der Streikleitung abgesprochen.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß schon vorher die Streikleitung an die Arbeiter die Warnung hatte ergehen lassen, Aktionen, die nicht von der Streikleitung gebilligt werden, seien illegal und die Arbeiter und Angestellten hätten der Streikleitung zu folgen und dürften sich nicht von „werksfremden Kräften" beeinflussen lassen.

Diese Maßnahmen der Kapitalisten und das Vorgehen der IG-Chemie-Bonzen zeigen das Komplott zwischen den Kapitalisten, der Staatsgewalt und dem IG-Chemie-Apparat gegen die Arbeiter, zeigen, wie die Klassenfront wirklich verläuft. Sie zeigen aber auch, wie groß die Furcht der Kapitalisten und ihrer Handlanger vor der Kraft der kämpfenden Chemiewerker ist, vor ihrem selbständigen, revolutionären Kampf gegen den Lohnraub und für eine echte Lohnerhöhung.

## Elektro-Dörnemann

# Roter Betriebsrat soll entlassen werden

**Rudi Turinski, Roter Betriebsrat bei Elektro-Dörnemann, einem Baubetrieb in Recklinghausen, soll entlassen werden. Angeblich soll Rudi gesehen worden sein, wie er Unterschriften für unsere Partei gesammelt hat, was nach dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz, das die politische Betätigung im Betrieb verbietet und die Betriebsräte zur „Friedenspflicht" verpflichtet, ein Entlassungsgrund ist.**

Da für eine Entlassung Rudis die Zustimmung des Betriebsrates notwendig ist, stellten die Dörnemann-Kapitalisten am 14. April einen entsprechenden Antrag und übergaben ihn dem Betriebsratsvorsitzenden. Dieser dachte aber gar nicht daran, Rudi oder die Kollegen von dem Antrag der Kapitalisten zu informieren. Im Zusammenspiel mit den Kapitalisten ließ er den Entlassungsantrag zunächst einmal in der Schublade verschwinden. Kurze Zeit nach Eingang des Entlassungsantrags der Kapitalisten hat nämlich bei Dörnemann eine Belegschaftsversammlung stattgefunden. Und der Betriebsratsvorsitzende, der für seine Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und seine Feindschaft gegen Rudi Turinski, der im Betriebsrat konsequent die Interessen der Kollegen vertritt, bekannt ist, fürchtete die Empörung der Kollegen, fürchtete, daß Rudi die Gelegenheit der Betriebsversammlung ausnutzen würde, um die Belegschaft zum Kampf gegen die Entlassung zu mobilisieren.

Im Interesse der Kapitalisten und in seinem eigenen Interesse hoffte er, die Sache nach der Belegschaftsversammlung ohne großes Aufsehen über die Bühne zu bringen. Um Rudi von vornherein auszuschalten, versuchte er deshalb klammheimlich und hinter dem Rücken Rudis, für den 20. Mai eine Betriebsratssitzung zu organisieren, auf der der Zustimmungsbeschluß gefaßt werden sollte.

Aber er sollte sich getäuscht haben. Die Sache kam Rudi zu Ohren und wurde sofort unter den Kollegen bekannt, von denen viele empört auf den unverschämten Angriff der Kapitalisten auf den roten Betriebsrat reagierten. Zu einer von der Partei organisierten Versammlung kamen mehrere Kollegen und beschlossen gemeinsam Kampfmaßnahmen gegen die Entlassung. Inzwischen sind im Betrieb unter den rund 100 Kollegen bereits Listen im Umlauf, auf denen sie mit ihrer Unterschrift gegen die geplante Entlassung protestierten. Der Betriebsratsvorsitzende bekam kalte Füße und ließ die Betriebsratssitzung platzen. Zu dem neuen Termin am 25. 5. wurde Rudi ordnungsgemäß eingeladen.

Gleichzeitig werden unter der Belegschaft Unterschriften für die Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung gesammelt. Die Kollegen wollen auf der Belegschaftsversammlung unter anderem über die Durchsetzung ihrer Forderung nach einer Kilometerpauschale von 35 Pfennig und der Angleichung des Prämienstundenlohns der Dörnemann-Kollegen, die bei CWH arbeiten, an den Tariflohn beraten. Diese Forderungen werden schon seit längerem von den Kollegen erhoben und selbstverständlich von Rudi unterstützt. Der Betriebsratsvorsitzende allerdings hatte samt seinem Anhang im Betriebsrat bisher den Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen immer hintertrieben.

Viele Kollegen sind jetzt der Meinung, daß Rudi auf der außerordentlichen Belegschaftsversammlung nicht nur sprechen soll, sondern daß dort auch über den Kampf gegen seine Entlassung beraten werden soll. Angesichts dieser Lage versuchen die Kapitalisten natürlich mit allen Mitteln das Zustandekommen der außerordentlichen Betriebsversammlung zu verhindern. So haben sie bereits damit begonnen, die Kollegen auf den einzelnen Baustellen unter Druck zu setzen und Gerüchte über Rudi ausgestreut. Trotz dieses Drucks und trotz der Tatsache, daß die Kollegen auf verschiedenen Baustellen aufgesplittert sind, geht der Kampf für die außerordentliche Belegschaftsversammlung und gegen die Entlassung des Roten Betriebsrats Rudi Turinski weiter.

## Warnstreiks in vielen Textilbetrieben

# Arbeiter empört über GTB-Bonzen

Fortsetzung von Seite 1

die Frauen im Kapitalismus weniger Lohn, auch wenn sie die gleiche Arbeit wie die Männer leisten.

6,8% ergeben in der Textilindustrie unterm Strich in Mark und Pfennig also weniger als etwa in der Metall- oder Chemiebranche. Zudem sind die Textilkapitalisten als Lohndrücker besonders berüchtigt. Ohne Skrupel haben sie die hohe Arbeitslosenquote in diesem Bereich ausgenutzt, um die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen. In den vergangenen Jahren wurden in den meisten Textilbetrieben höchstens die Hälfte der in den Tarifverhandlungen festgelegten Lohnerhöhungen auch tatsächlich ausgezahlt. Die Kapitalisten haben einfach übertarifliche Leistungen mit angerechnet.

Rationalisierung, Akkordhetze, Schicht- bzw. Nachtarbeit und Überstundenschinderei sind weitere Hebel, mit denen die Kapitalisten die Ausbeutung verschärfen und sich dadurch trotz Krise hohe Profite sicherten. Wie brutal die Arbeitshetze vorangetrieben wurde, zeigen folgende Zahlen: Heute erzeugen 67 Textilarbeiter im Durchschnitt die gleiche Warenmenge wie 100 Textilarbeiter noch vor 4 Jahren; 1970 mußte ein Weber im Schnitt 40 bis 50 Webstühle bedienen, heute sind es bereits 70 bis 80 Webstühle.

Die Behauptung seitens der Kapitalisten, die Rationalisierung sei im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze, ist in Wahrheit nackter Hohn und soll nur bewirken, daß die Arbeiter sich gegen die Verschärfung der Ausbeutung nicht wehren. Für die Kapitalisten zählt nur eins: ihr Profit. An der Sicherung der Arbeitsplätze haben sie nicht das geringste Interesse. Im Gegenteil! Inzwischen sind die westdeutschen Textilhersteller zum größten Textilexporteur der Welt aufgestiegen. Gleichzeitig jedoch stehen sie in der Bundesrepublik bei der Vernichtung der Arbeitsplätze mit an der Spitze! 160.000 Arbeitsplätze haben sie seit 1970 in der westdeutschen Textilindustrie vernichtet. Viele Textilunternehmer haben Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagert, in sogenannte „Billiglohnländer", wo sie die Arbeiter infolge der faschistischen Unterdrückung noch brutaler ausbeuten können als hier.

Die Angriffe der Kapitalisten in den letzten Jahren haben zunehmenden Widerstand und wachsende Empörung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern der Textilindustrie hervorgerufen. Daher sahen sich die Gewerkschaftsbonzen in der diesjährigen Tarifrunde gezwungen, radikalere Töne als gewöhnlich anzuschlagen. Der arbeiterfeindliche Gewerkschaftsapparat der GTB stößt auf immer größere Schwierigkeiten bei der Erfüllung seiner Aufgabe: die Kämpfe der Kollegen abzuwiegeln und unter Kontrolle zu halten. Das zeigt sich auch an der Tatsache, daß manche der Warnstreiks der letzten Wochen ohne Genehmigung der Gewerkschaftsbonzen und gegen ihren Willen zustandekamen.

Davor, daß die Kollegen sich vom Einfluß des Gewerkschaftsapparats lösen und sich selbständig zu Kämpfen für ihre Interessen erheben, haben die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen große Angst. Genossen berichteten uns aus Westfalen über Erfahrungen, die sie gemacht haben, als sie vor den Textilbetrieben in Emsdetten Flugblätter unserer Partei zur Tarifrunde verteilten.

„In fast allen Betrieben wurden Kollegen bespitzelt und ausgefragt. Manche Kollegen wurden ausgefragt, ob sie einer kommunistischen Organisation angehören, nur weil sie ein Flugblatt angenommen hatten. In einem Betrieb wurde um 5 Uhr früh eine Kollegin vom Betriebsratsvorsitzenden (der sonst kein Frühaufsteher ist) zur Rede gestellt. Man warf der Kollegin vor, sie hätte mit einem Flugblattverteiler der KPD/ML gesprochen. In einem anderen Betrieb versuchten die Bonzen unseren Flugblattverteiler zu verjagen, was ihnen allerdings nicht gelang. Daraufhin wies ein Vertreter des Betriebsrats zwei Männer an, unseren Genossen nicht aus den Augen zu lassen und jeden Kollegen aufzufordern, die Annahme des Flugblattes zu verweigern. Aber die Kapitalisten und ihre Handlanger konnten nichts daran ändern, daß unsere Flugblätter einen guten Anklang fanden. Das merkte man man besonders deutlich bei Schenking&Dirting, einem 170-Mann-Betrieb, in dem einige Tage vorher ein Warnstreik gegen den Willen der Gewerkschaftsbonzen durchgeführt wurde. An einem anderen Betrieb konnte ein Genosse mit Hilfe eines Kollegen die Flugblätter im Aufenthaltsraum auslegen."

Dieser Bericht zeigt, daß auch in der Textilindustrie der Widerstand der Arbeiter gegen den Verrat des Gewerkschaftsapparates wächst. Der 6,8%-Abschluß hat vielen Kollegen vor Augen geführt, wie zynisch und skrupellos sie von den Bonzen belogen und betrogen werden. Noch am Samstag, den 14. Mai, tönte Hoffmann vom Hauptvorstand der GTB auf einer Kundgebung in Wuppertal:

„Unsere Forderungen werden notfalls mit dem letzten Mittel durchgesetzt." Und Georgi, der Bezirksleiter vom Bezirk Nordrhein tönte auf der gleichen Versammlung: „Die vierte Verhandlung am 17. Mai ist der letzte Versuch, unsere Forderungen auf Verhandlungsbasis durchzusetzen. Die Warnstreiks waren nur ein erstes Zeichen!"

Am Montag danach erklärten die Bonzen auch tatsächlich dann die Verhandlungen für gescheitert. Aber alles war nur Theater. Zwei Tage später trafen sich die Gewerkschaftsbonzen erneut mit den Textilbossen und vereinbarten den schändlichen 6,8%-Abschluß.

Die Kollegen werden diesen Betrug und diese heimtückischen Manöver nicht vergessen. Sie werden Konsequenzen daraus ziehen. Immer mehr Textilarbeiter erkennen, daß man mit diesem Gewerkschaftsapparat nicht für die Interessen der Arbeiter kämpfen kann. Immer mehr Kollegen erkennen auch, daß die Arbeiterklasse sich im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und gegen alle seine Handlanger und Agenten innerhalb der Arbeiterbewegung zusammenschließen muß.

# Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!

**SCHWUNG RAD**

BETRIEBSZEITUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN (KPD/ML) für KHD Nr. MAI 77

# Tödlicher Arbeitsunfall im Werk Deutz

**Am Donnerstag morgen passierte es. Der Kollege Bruno R. sollte eine Trafostation am Auenweg warten. Irgendwie kam er an die Spannung, 20.000 Volt. Als man ihn fand, waren seine Arme bis oben hin verkohlt. Man fuhr ihn zum Sani. Der holte den Werksarzt und der veranlaßte den Transport ins Deutzer Krankenhaus. Für Bruno zu spät. Er starb auf dem Transport.**

Er war erst 21 Jahre alt. In wenigen Wochen wollte er heiraten.

Nach dem Unfall liefen die Herren zusammen, auch die Mordkommission. Aber bis heute erfuhren weder seine Kollegen noch seine Familie, wie das möglich war. Jeder Kollege weiß: Da ist was faul. Deshalb geben die Herren auch noch keine Stellungnahme ab, weil sie Zeit brauchen, die wahren Ursachen zu vertuschen. Wie üblich soll es am Schluß heißen: „Menschliches Versagen"; ein „tragischer Unfall", an dem der Kollege selbst Schuld hatte.

„So etwas war schon lange fällig", sagten viele Kollegen. Die ständigen Rationalisierungen, die steigende Arbeitshetze, die Einsparungen auf allen Gebieten sind die Ursache für den Tod des Kollegen Bruno. Tatsache ist: Er war erst kurze Zeit von der Bundeswehr zurück und somit gar nicht in der Lage, wieder alle Kenntnisse voll zu beherrschen. Er war nicht speziell ausgebildet für diese Arbeit. Die Abteilung, die diese Trafostationen normal betreute, ist von den KHD-Kapitalisten aufgelöst worden. Andere Abteilungen, die nicht darauf spezialisiert sind, übernahmen die Arbeit mit.

***Jeder von uns kann der nächste sein!***

Denn gerade im letzten Jahr wurde die Arbeitshetze enorm gesteigert. In vielen Abteilungen wird mit weniger Kollegen mehr produziert. Zahlreiche Kollegen wurden umbesetzt. Ist es da ein Wunder, daß Kollegen Arbeiten ausführen müssen, ohne die Sicherheitsvorschriften einhalten zu können? Sie müssen Arbeiten übernehmen, für die sie nicht zuständig und auch nicht ausgebildet sind. Denn machst du das nicht, schießt du ein paar Mal quer, dann heißt es: „Was willst du eigentlich, draußen stehen genug, die die Arbeit gerne übernehmen."

Hier zeigt sich der wahre Charakter der Kapitalistenklasse: Für ihren Profit gehen sie über Leichen. Schuld am Tod des Kollegen Bruno ist die Profitgier der Kapitalisten. Für sie zählt ein Arbeiterleben nichts. Hauptsache der Profit stimmt! Deshalb sind Arbeitsunfälle im Kapitalismus unvermeidlich. Solange eine Handvoll Konzernbosse und Finanzhaie ihre Diktatur über das Volk ausüben, kann von einem Rückgang der Arbeitsunfälle keine Rede sein. Sie tragen die Schuld für über 5.000 tödliche Arbeitsunfälle im Jahr 1974.

Wir werden allen diesen Bossen und Bonzen eines Tages die Rechnung präsentieren. Dann, wenn sie in der gewaltsamen Revolution durch die Arbeiterklasse hinweggefegt werden und ihre gerechte Strafe erhalten. Dann, unter der Diktatur des Proletariats, wo nur die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und des Volkes zählen, wird es gelingen, die Arbeitsunfälle auf ein Minimum zu beschränken. Die Familien der Werktätigen werden nicht mehr in ständiger Sorge leben müssen, so wie es heute noch ist.

# Meldungen aus den Betrieben

**TARIFRUNDE DER HEIZUNGSBAUER**

In Nordwürttemberg/Nordbaden und Südwürttemberg/Hohenzollern läuft zur Zeit die Tarifrunde im Heizungsbaugewerbe. Ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter stellte der IG-Metall-Apparat hier eine Forderung von 7,5% auf, die, selbst wenn sie durchgesetzt würde, glatten Lohnraub bedeutete. Aber den Kapitalisten war selbst diese Lohnraubforderung noch zu hoch. Ihr provokatives Angebot lag bei 6%. Angesichts der Unruhe unter den Heizungsbauern, die schon im letzten Jahr bereit waren, in den Streik zu treten, mußten die IG-Metall-Bonzen die Verhandlungen für gescheitert erklären und den Streik ausrufen. Allerdings dachten sie von Anfang an nicht daran, den Kapitalisten einen wuchtigen Schlag zu versetzen, sondern wiegelten die Kampfbereitschaft der Kollegen systematisch ab, indem sie lediglich einen Schwerpunktstreik auf den Großbaustellen ausriefen, an dem von den ca. 40.000 Heizungsbauern in Baden-Württemberg knappe tausend einbezogen waren. Durch diese Streikbruchtaktik soll den Kollegen ein möglichst niedriger Lohnraubabschluß aufgezwungen werden.

**KRUPP/BOCHUM**

Mit einem dreistündigen Streik und einem Marsch zur Geschäftsleitung dokumentierten am 17. Mai 250 Lehrlinge bei Krupp in Bochum ihre Kampfbereitschaft zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Die Lehrlinge fordern einen Mindesttarifurlaub von 26 Tagen. Sie wollen außerdem, daß dieser Urlaub im Manteltarifvertrag verankert wird, über den die Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen seit sage und schreibe zwei Jahren verhandeln. Um den Kampf der Lehrlinge abzuwiegeln, propagierten die Bonzen und modernen Revisionisten die Losung „der Tarifkommission den Rücken zu stärken".

**EINZELHANDELSGEWERBE**

Auch im Einzelhandelsgewerbe in Niedersachsen laufen zur Zeit Tarifverhandlungen. Der Gewerkschaftsapparat hat hier eine Lohnraubforderung von 9,4% beschlossen, aber schon seine Bereitschaft angedeutet, selbst noch unter dieser Forderung abzuschließen. Obwohl die Verhandlungen seit Anfang April unterbrochen waren, dachte der Gewerkschaftsapparat nicht im Traum daran, auch nur eine einzige Kampfmaßnahme einzuleiten. Erst als die Empörung der Kollegen in den Betrieben immer größer wurde und sie in mehreren Kaufhäusern Warnstreiks durchführten, versuchten sich die Bonzen an die Spitze zu setzen, damit die Streiks möglichst begrenzt bleiben und sich nicht ausweiten. Außerdem ging es ihnen darum, jede selbständige Kampfführung der Kollegen zu verhindern.

**JASA/TÜBINGEN**

Bei Jasa in Tübingen geht der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze weiter (wir berichteten im RM 18/77 darüber). Nachdem der Kapitalist Jacobi versucht hatte, die Kollegen dadurch einzuschüchtern, daß er behauptete, das Haupthindernis für den Verkauf des Betriebes und die Weiterführung der Produktion seien die Forderungen der Belegschaft und die Unruhe, die der Rote Betriebsrat Volker Nieber schüre, bekräftigten die Kollegen auf einer Belegschaftsversammlung, daß sie weiter zum Kampf entschlossen sind und an ihren Forderungen festhalten. Außerdem forderten sie Freispruch für Volker Nieber.

## Revisionistisches

### VERHÖHNUNG DER ARBEITSLOSEN

Dieses Foto — mit Original-Unterschrift — aus dem „Neuen Deutschland“ zeigt, was die Revisionisten der SDAJ unter dem „Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit“ verstehen: Die jungen Kollegen sollen, statt sich revolutionär zusammenzuschließen, mit solchen Aktionen an das Mitleid der Kapitalisten appellieren und darauf hoffen, daß die Monopolherren oder der bürgerliche Staat ihr Herz für sie entdecken.




„Ubernehme jede Arbeit“: Entschiedener Protest eines der Tausenden arbeitslosen Jugendlichen in der BRD

### POPMUSIK IN DER SOWJETUNION

Korrespondenz. Die neue sowjetische Bourgeoisie verstärkt auch auf dem Gebiet der Musik die ideologische Versklavung der Werktätigen, besonders der Jugendlichen. Dazu bedient sie sich der Einführung westlich-dekadenter Musik. So werden von der sowjetischen Schallplattenmonopolgesellschaft „Melodija“ die „Werke“ einer Reihe westlicher Popstars wie der Beatles, Ray Connif, James Last u. a. vertrieben. Ja, die Staatskapitalisten der UdSSR gehen sogar so weit, die Titelmusik des amerikanischen antikommunistischen Films „Dr. Schiwago“ unter dem allerdings unverfänglichen Titel „Eine Melodie“ auf Platte zu pressen.

Auch organisierten die staatlichen Konzertagenturen eine Reihe Konzerte mit den „Größen“ des europäischen Showgeschäfts. So trat im letzten Jahr neben anderen auch Cliff Richard mit einem Gastspiel in Moskau und Leningrad auf. Diese Veranstaltungen dauerten jeweils eine Woche und waren alle ausverkauft; Karten waren nur auf dem schwarzen Markt erhältlich.

Auch verbreiten viele Jugendliche Tonbandmitschnitte von Popmusiksendungen der westlichen Propagandastationen wie BBC, Stimme Amerikas usw., die im Gegensatz zu den Sendungen Radio Tiranas ungestört empfangen werden können. Diese Sendungen zeichnen sich dadurch aus, daß vorwiegend „heiße“ Rockmusik ausgestrahlt wird, während in der Sowjetunion bis jetzt im wesentlichen nur „gemäßigte“ Rhythmen à la James Last propagiert werden.

Daß das jetzt offensichtlich anders werden soll, zeigt ein Artikel, der in den letzten Tagen im Zentralorgan des revisionistischen Jugendverbandes „Komsomolskaja Prawda“ erschien. In diesem Artikel preist ein gewisser Michail Matrosow die dekadente Musik von Bob Dylan und Jimmy Hendrix. Dylan wird als „herausragendes Talent“ gepriesen, sein „demokratisches Verhalten“ als Vorbild für die sowjetische Jugend hingestellt, ja der Autor entblödet sich nicht einmal, die Verleihung des Professorentitels an Dylan durch eine amerikanische Universität lobend zu erwähnen. Nicht einmal die Tatsache, daß Hendrix seinem Leben durch eine Überdosis Rauschgift ein Ende setzte und daß Dylan von seinen früheren pseudorevolutionären Phrasen längst abgerückt ist, kann die Sympathien des Autors für diese beiden Apostel des imperialistischen Kulturlebens erschüttern.

Aber mögen der Autor und seine revisionistische Jugendorganisation noch so viel Propaganda für diese reaktionäre, dekadente Popmusik machen, sie werden damit die gesunden, proletarischen Kräfte der sowjetischen Jugend nicht in die Irre führen können.

# Würzburger Studenten kämpfen gegen faschistischen Professor

# "Bossle raus!"

**Wenn die Würzburger Universitätsbürokratie geglaubt hatte, die Studenten würden angesichts vollendeter Tatsachen gute Miene zum bösen Spiel machen, dann hat sie sich getäuscht. Die Würzburger Studenten, die bereits zwei Jahre lang der Berufung des faschistischen Soziologie-Professors Bossle an die Universität Würzburg Widerstand geleistet hatten, führten jetzt, als Bossle seine Tätigkeit an der Universität aufnehmen wollte, erst recht einen entschlossenen Kampf.**

Soziologie-Professor Bossle unterhält beste Beziehungen zum faschistischen Regime in Chile und macht auch hier aus seiner faschistischen Gesinnung kein Hehl (Bossle: „Mit dem Phänomen des Terrorismus wird man mit demokratischen Mitteln nicht fertig“). Angesichts des Widerstands gegen seine Berufung — zum Schluß stimmte auch die Mehrheit der Professoren gegen ihn — griff die Universitätsbürokratie zu einem Trick. Man ließ einige Professoren ein Sondervotum für Bossle abgeben und erklärte, da sich für die ausgeschriebene Stelle niemand anders gemeldet habe, müsse man dieses Sondervotum akzeptieren. Jetzt aber, so erklärte der Rektor der Universität den empörten Studenten, müsse man sich mit den Tatsachen abfinden. Bossle sei nun Beamter des Freistaates Bayern und müsse deshalb auch bleiben.

Aber die Studenten dachten nicht daran, einen faschistischen Professor zu akzeptieren. Bei der ersten Vorlesung, die Bossle halten wollte, hinderten ihn 500 Studenten durch Pfeifen, Klatschen und Rufen wie „Faschisten raus!“ am Reden. Zwei Seminare am gleichen Tag wurden verhindert, indem Hunderte von Studenten Ketten vor den Eingangstüren bildeten.

Am Abend des gleichen Tages erklärte Bossle im 3. Fernsehprogramm, er werde auf jeden Fall seine Vorlesung am nächsten Tag halten. Wer am nächsten Tag aber im von protestieren Studenten überfüllten Saal erschien, war nicht Bossle, sondern der Präsident der Universität Berchem. Im Schlepptau von Berchem, der den Studenten drohte, daß sie ja nicht immer zu so vielen sein würden, versuchte ein Sprecher des RCDS zu reden. Als man ihn nicht zu Wort kommen ließ und ihm schließlich den Stecker aus dem Megaphon zog, drohte er mit Strafanzeige und ein anderer RCDSler schrieb sich die Namen derjenigen Studenten auf, die ihm bekannt waren.

Am nächsten Tag wurde Bossle bereits von zivilen Polizisten geschützt. Trotzdem gelang es den Studenten, Bossle zum Abbruch eines Pseudoseminars mit 2-3 RCDSlern und zur Flucht in sein Arbeitszimmer zu zwingen. Als sich auch am Abend dieses Tages wiederum 250 Studenten bereitfanden, um ein Seminar dieses faschistischen Professors zu verhindern, geriet er nachgerade in Panik. Genossen des KSB/ML schreiben:

„Bossle hatte mittlerweile solche Angst um sich, daß er niemanden mehr in das Sitzungszimmer, in dem er saß, hereinließ; nicht einmal die PoPos, die vergeblich immer wieder gegen die Tür schlugen, um doch endlich wieder hereinzukommen.

Jetzt wurde uniformierte Polizei angefordert, von der sich insgesamt 20 Beamte vor Bossles Tür postierten. Gegenüber diesen äußerst massiven Einschüchterungsversuchen wurde der Widerstand größer. „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ wurde ihnen entgegengerufen. Die Situation spitzte sich so zu, daß Bossle nun nichts mehr anderes übrig blieb, als sich durch unser Spalier mit seinem PoPo-Schutz aus dem Staub zu machen.“

Die Würzburger Studenten werden ihren Kampf weiterführen. Zumal diese drei Kampftage gezeigt haben, daß nichts anderes als der entschlossene Kampf der Studenten diesen Faschisten vertreiben kann. Denn für die Universitätsbürokratie und den kapitalistischen Staat ist dieser Faschist nicht nur ein „ehrenwerter Mann“, sondern sie sind sogar bereit, ihn mit Gewalt, mit Polizeieinsätzen und — wie sich bereits andeutet — mit Hilfe der Klassenjustiz zu schützen.

# 10 000 Studenten demonstrieren

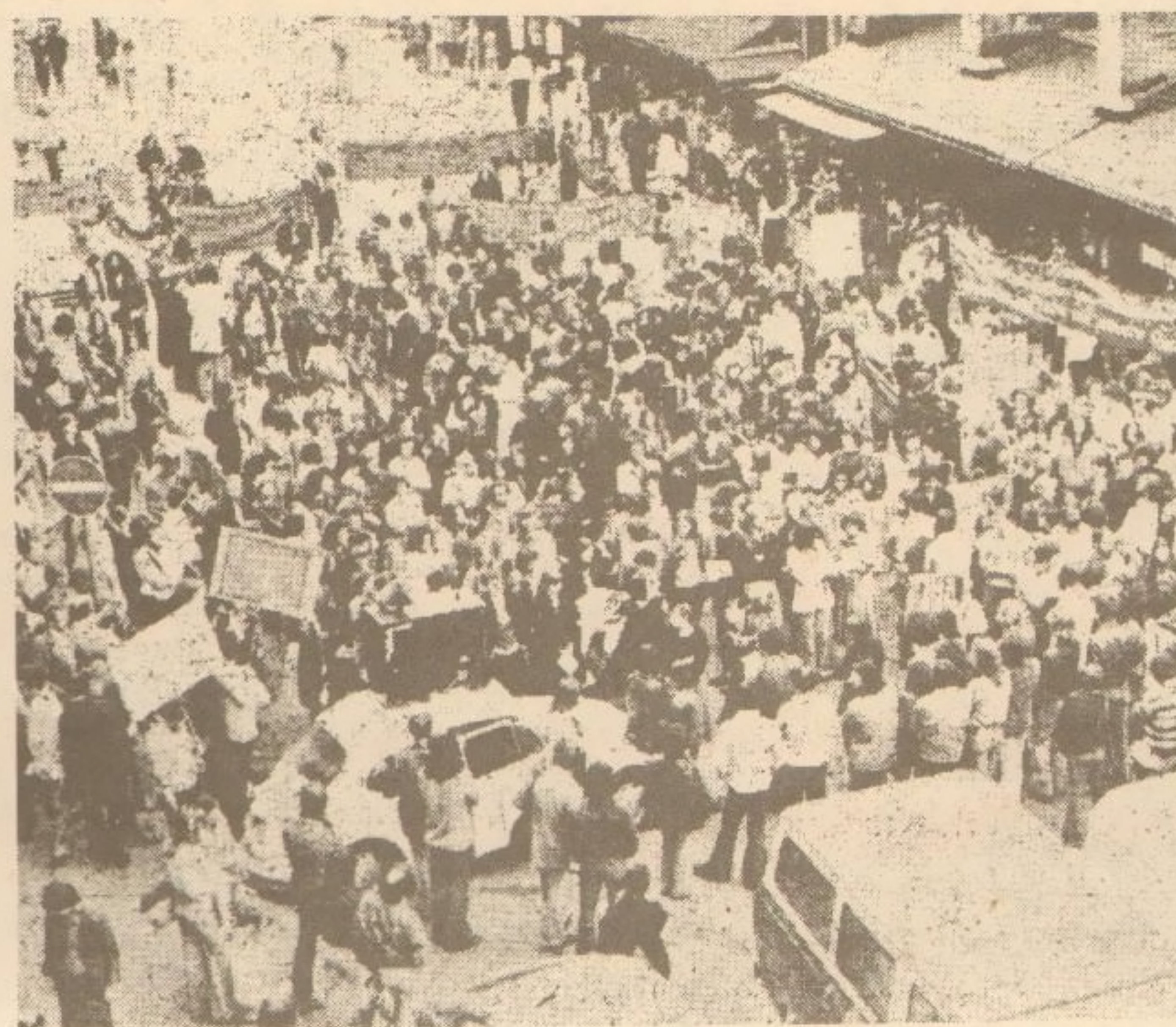
**Am 18. Mai haben in Heidelberg rund 10.000 Studenten gegen die reaktionären Hochschulgesetze, die Relegationen und politischen Strafverfahren demonstriert.**

Die Studenten des germanistischen Seminars in Heidelberg hatten sich im vergangenen Wintersemester gegen die Einführung neuer, zusätzlicher Klausuren zur Wehr gesetzt. Sie bestreikten das Institut und boykottierten das ganze Semester über die neuen Klausuren. Sie kämpften dabei auch gegen die Polizei, die mehrmals gegen die Studenten eingesetzt wurde. Wegen ihrer Beteiligung an diesen Kämpfen sind in Heidelberg inzwischen 21 Studenten von der Universität bis zu vier Semester relegiert, d. h. verwiesen, worden.

Die gesetzliche Grundlage dieser Relegationen ist das neue Ordnungsrecht, das in Baden-Württemberg bereits seit 1973 im Hochschulrecht verankert ist. Bestimmungen, nach denen vor allem fortschrittliche und revolutionäre Studenten von den Universitäten verwiesen werden können, sind inzwischen in fast allen Bundesländern entweder schon Gesetz oder stehen kurz vor der Verabschiedung.

Wie in Heidelberg wurden auch in Westberlin bereits fünf Studenten für vier Semester relegiert, 27 weitere Ordnungsverfahren sind noch nicht abgeschlossen. Einer der relegierten Studenten in Westberlin ist der Genosse Wolfgang Mentzel.

Die Genossen des Landesverbandes Südwest des KSB/ML beteiligten sich an der Heidelberger Demonstration, verteilten ein Flugblatt und verkauften den „Roten Morgen“.



# Hamburg 14 000 Schüler und Studenten demonstrieren gegen reaktionäre Gesetze

**Am 18. 5. fand in Hamburg eine Demonstration von ca. 14.000 Studenten und Schülern gegen das reaktionäre Hochschulrahmengesetz und gegen das Schulgesetz statt. Geführt wurde sie vom revisionistischen AStA der Universität. Der KSB/ML beteiligte sich an der Demonstration mit einem eigenen Transparent, auf dem die Forderungen „Weg mit dem HRG!“ und „Für einen unbefristeten, bundesweiten Streik!“ propagiert wurden.**

Auf der Abschlußkundgebung, der nur noch relativ wenige Demonstrationsteilnehmer beiwohnten, verlangten einige hundert Schüler der streikenden Schulen das Rederecht. Sie waren schon am Morgen in der Universität erschienen und hatten dort die Studenten zur Solidarität aufgefordert. Zuvor hatten sie ihre alten Streikleitungen, größtenteils aus SDAJ- und Jusovertretern bestehend, abgesetzt, weil diese ihre Forderungen nicht vertreten wollten. Der AStA wollte die Schüler nicht reden lassen, sondern nur Schülerkammervertreter (Revisionisten). Uns gut bekannte Schläger der Revisionisten bildeten sofort Ketten gegen die Schüler, die von vielen fortschrittlichen Studenten unterstützt wurden und provozierten Rangeleien, wobei es auch zu mehreren Handgreiflichkeiten kam. Genossen des KSB/ML unterstützen dabei die Schüler und propagierten ihre Forderungen auch über Megaphon.

So wie die Revisionisten während des Streiks fortwährend gegen die revolutionäre Gewalt gehetzt haben, gegen konsequente Streikleitungen und gewaltsame Sprengungen auftraten — so gingen sie hier mit reaktionärer Gewalt gegen die streikenden Schüler vor, wobei sie auch nicht davor zurückschreckten, deren Lautsprecherwagen zu zerbeulen und das Lautsprecherkabel zu zerschneiden.

Hier zeigte sich deutlich, was von ihrem Gerede von „Gemeinsamkeit und Solidarität der Streikenden“ zu halten ist. Gar nichts. Die „Gemeinsamkeit“ und „Solidarität“, die sie meinen, richtet sich gegen den konsequenten Kampf der fortschrittlichen Studenten. Kämpferische Einheit im Kampf gegen die staatlichen Angriffe auf die Studenten läßt sich deshalb nur gegen diese Verräter in den eigenen Reihen herstellen.

## Vom Aufbau des Sozialismus

### WACHSENDER WOHLSTAND DER BAUERN

Unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Albanien erlebt das Dorf einen stürmischen Fortschritt und hebt sich der Wohlstand der Bauernschaft ständig. In einem Artikel über die betreffenden Errungenschaften unterstreicht die Zeitung „Zeri i Popullit“ unter anderem, daß die PAA sich stets an das Prinzip gehalten hat, daß der Sozialismus nicht nur in der Stadt und nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch auf dem Land und für die Bauernschaft errichtet wird.

Es sind konkrete Erfolge bei der Verringerung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land erzielt worden. Der albanische Genossenschaftsbauer lebt heute in neuen Wohnungen. Bildung, Kultur und Gesundheitseinrichtungen gibt es überall, sogar in den abgelegensten Dörfern. In jedem Dorf brennt elektrisches Licht, und derzeit wird daran gearbeitet, alle Dörfer an das nationale Straßennetz anzuschließen. Das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung auf dem Land hat sich rascher als das der Städter erhöht. Der Staat kommt auch auf dem Land, genauso wie in den Städten, für die Ausgaben der sozialkulturellen Einrichtungen auf. Nach der Einführung der Renten auch auf dem Land erhöhte sich der Satz dieser Renten, der jetzt an die Renten der Werktätigen der Städte angeglichen ist.

All diese Erfolge, die erzielt worden sind, ohne daß das Lebensniveau der Städter angetastet wurde, haben noch mehr das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauern sowie die Diktatur des Proletariats in Albanien gefestigt. Die Bauernschaft ist die treue Verbündete der Arbeiterklasse. Beide verfolgen dieselben politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Ziele, und sie haben gemeinsame Bestrebungen. Die PAA, heißt es abschließend in dem Artikel der Zeitung „Zeri i Popullit“, hat ständig darauf geachtet, daß das Bündnis dieser beiden befreundeten Klassen gefestigt wird. Von den Direktiven des 7. Parteitages der Partei geleitet und durch ihren großen Arbeitseinsatz wirkt die Genossenschaftsbauernschaft Seite an Seite mit der albanischen Arbeiterklasse unermüdlich für das Gedeihen des sozialistischen Vaterlandes.

### CHINA

Die Nachrichtenagentur Hsinhua meldet neue Erfolge, die in der Provinz Kiangsu bei der Entwicklung der Industrie erzielt wurden. In dieser Provinz ist die Eisen- und Stahlproduktion in den letzten fünf Jahren jährlich um über 20% gesteigert worden. Von 1965-1976 hat sich die Gesamtleistung der Bewässerungs- und Drainagepumpen in dieser Provinz verfünffacht, und die Zahl schwerer und mittlerer Traktoren hat sich versechsfacht. Die Zahl der Handtraktoren ist in derselben Zeitspanne auf das 28fache gestiegen. Im Distrikt Sutschou arbeiten Walzstahlkombinate und Elektrohochöfen.

### CHINA

Ein neues großes Steinkohlefeld ist in China in der Provinz Anhuei entdeckt worden. Dieses Feld verfügt über reiche Vorkommen. Die Gesamtprojektierung des Steinkohlefeldes ist beendet und die Bauarbeiten für das Bergwerk wurden jetzt aufgenommen.

In der Provinz Schantung wurde der Staatsplan der Steinkohleproduktion für das erste Vierteljahr 13 Tage vorfristig erfüllt. Auch bei der Produktion von Ausrüstungen für den Bergbau und anderen Materialien wurden die Ziele überboten.

## Erfolg einer breiten Solidarität

# Volker Nieber freigesprochen

**Zu 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung war Volker Nieber in der ersten Instanz verurteilt worden, weil es das Gericht als erwiesen ansah, daß Volker an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 teilgenommen hatte. Jetzt, in der zweiten Instanz, mußte das Gericht Volker freisprechen. Zweifellos ein Erfolg, der vor allem der großen Solidarität mit Volker zu verdanken ist: Volkers Kollegen bei Jasa hatten eine Resolution für ihre Roten Betriebsrat verabschiedet, die große Mehrheit einer Vollversammlung an der Tübinger Universität hatte sich solidarisiert usw.**

Einziger „Beweis" gegen Volker waren in der ersten Instanz einige unscharfe Fotos gewesen. Hauptbelastungszeuge ein ehemaliger Meister von Volker, Knoblich, der zunächst behauptete, er würde Volker auf diesen Fotos erkennen, diese Aussage aber nicht beeiden wollte. Das Gericht hatte Volker trotzdem verurteilt. Frech wurde behauptet, Knoblich habe seine Aussage nur zurückgezogen, weil er unter Druck gesetzt worden sei und als ausschlaggebend wurde angeführt: „Die Teilnahme an dem illegalen Akt der gewaltsamen Demonstration war von daher aus weltanschaulicher Sicht gerade zu erwarten."

Auf dieser Linie plante die Klassenjustiz auch in der zweiten Instanz eine Verurteilung. Um Knoblich, den umgefallenen ehemaligen Kronzeugen, zu schonen, ließ man ihn außerhalb der Hauptverhandlung vernehmen, jedoch ohne Erfolg. Im Prozeß dagegen hetzte der Staatsanwalt dann gegen Volker und die Partei, man habe Knoblich eingeschüchtert, bedroht usw. In Wirklichkeit dagegen war es die Bourgeoisie selbst gewesen, die ihren Kronzeugen eingeschüchtert hatte. Knoblich, der Volker zur RAF zählte, hatte nämlich die „Terroristenhetze" mitsamt den erfundenen Greuelmärchen wörtlich genommen und Angst bekommen.

Der entscheidende Punkt in dieser Verhandlung war, nachdem die Klassenjustiz nun keinen direkten Belastungszeugen mehr hatte, die Aussage eines Sachverständigen. Der Sachverständige sagte aus, es sei „wahrscheinlich, aber nicht sehr wahrscheinlich", daß die fragliche Person auf den Fotos Volker Nieber sei. Zu drei weiteren Fotos, die ihm anschließend von der Verteidigung vorgelegt wurden, erklärte er bei zwei Fotos, diese Fotos könnten Volker darstellen. Bei dem dritten Foto war er sich ganz sicher: hier könne er auf Anhieb sagen, das sei Volker Nieber.

Auf diesen Teil der Beweisaufnahme ging Volker Nieber später in seinem Schlußwort, nachdem der Staatsanwalt in seinem Plädoyer wiederum 16 Monate ohne Bewährung gefordert hatte, ausführlich ein. Er entlarvte, daß die beiden ersten Fotos, die die Verteidigung vorgelegt hatte, Bilder von Bernd Hübner waren, das dritte Foto dagegen Genot Schubert auf der Parteiveranstaltung in Ludwigshafen zeigte. Volker bewies das anhand von Flugblättern und dem „Roten Morgen".

Damit aber waren die „Beweise", aufgrund deren ein Klassengericht bereit ist, einen Kommunisten für 16 Monate hinter Gitter zu sperren, vollständig entlarvt. Das Gericht sah sich gezwungen, erneut in die Beweisaufnahme einzutreten und diese Unterlagen zu den Akten zu nehmen.

Volker ging in seinem Schlußwort auch auf die anderen Argumente ein, die der Staatsanwalt in seinem Plädoyer als sogenannte „Indizienkette" vorgebracht hatte: daß er die Demonstration politisch gerechtfertigt habe, daß er offensichtlich der Organisation zugehöre, die damals die Demonstration durchgeführt habe, daß er aus der gleichen Gegend komme wie der wegen der gleichen Straftat verurteilte Klaus Kercher usw.

Er entlarvte diese „Beweisführung" als Gesinnungsjustiz, mit der man jeden Kommunisten wegen jeder x-beliebigen Aktion der Partei verurteilen könne.

Abschließend erklärte Volker: Das Gericht ist in einer Zwickmühle. Entweder erfüllt es seine Aufgabe und verurteilt mich, wie in der ersten Instanz, ohne jeden Beweis, nur weil ich Kommunist bin. Dann bringt es aber alle Leute, die hinter mir stehen, noch mehr gegen sich und den kapitalistischen Staat auf. Oder aber, es hält sich an die Beweislage und verurteilt mich nicht, dann muß es eben hinnehmen, daß ich weiter als Kommunist unter meinen Kollegen arbeiten kann.

Das Gericht wagte es nicht, ein so offenes Gesinnungsurteil zu sprechen. Es sprach Volker frei.

Volker berichtete uns: „Das Urteil wurde am Freitag gesprochen. Ich rief von München aus bei mir im Betrieb an und sagte Bescheid. Dort war an sich um 14.00 Uhr eine Betriebsversammlung angesetzt. Ich kam aber erst um 16.00 Uhr an. Trotzdem waren noch fast alle Kollegen da. Sie hatten auf mich gewartet und empfingen mich mit unbeschreiblichem Jubel und minutenlangem Klatschen. Die Kollegen feierten diesen Erfolg wie ihren eigenen. Zu recht. Denn es ist ein Erfolg, den sie entscheidend miterkämpft haben — durch ihre Solidarität und Unterstützung für mich."

### Schreibt den Genossen in Haft!

**Klaus Kercher**, 7100 Heilbronn, JVA, Steinstr. 21
**Alexander Haschemi**, 8910 Landsberg, JVA, Hindenburgring 2
**Martin Peleikis**, JVA Neumünster, Boostedterstr. 30
**Manfred Schöneberg**, JVA Attendorn
**Wolfgang Brot**, JVA Münster



## KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

**RECKLINGHAUSEN**

Betr.: Artikel zum neuen Strafvollzugsgesetz in den letzten Ausgaben des „Roten Morgen".

Aufgrund eigener Erfahrungen kann ich die Aussagen der beiden Artikel mit Tatsachen bestätigen. Aus gewissen Gründen werde ich mich auf Beispiele aus dem Strafvollzug für kriminelle Häftlinge beschränken.

Im Artikel in Nr. 11/77 des „Roten Morgen" ist die Rede davon, daß die Praxis des Strafvollzugs „Wohlverhalten und Radfahrertum" geradezu züchtet. Das ist vollkommen richtig und es geschieht gerade dadurch, daß sogenannte „Vergünstigungen" in Aussicht gestellt werden. In Baden-Württemberg gibt es z. B. zwei verschiedene Typen von Haftanstalten, solche, wo harter Vollzug und solche, wo gelockerter Vollzug durchgeführt wird. In Stuttgart-Stammheim entscheidet eine Kommission über alle Häftlinge, die zu über zwölf Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden sind, in welchen Anstaltstyp sie kommen. Zwar gibt es für diese Entscheidung objektive Kriterien (Art der Straftat, Vorstrafen usw.). Tatsächlich aber fördert das Verhör vor dieser Kommission bei den Kriminellen die Haltung der sklavischen Unterwürfigkeit, des Radfahrens. Wenn sich die Möglichkeit bietet, wird gelogen, daß sich die Balken biegen. Alle negativen Eigenschaften des Lumpenproletariats nach dem Motto „Warum sich durch Aufmüpfigkeit die Sympathie verderben? Lieber denen nach dem Mund reden!" werden dadurch gefördert.

Gelingt einem dann der Sprung in eine Anstalt mit „gelockertem Vollzug", so geht es da gerade so weiter. Alle Lockerungen des Vollzugs (zeitweise geöffnete Zellen, auch während der Woche; Besuchsausgang; großzügigere Urlaubsgewährung; Freigängerstatus, d. h. man kann in einer Fabrik zu normalem Lohn arbeiten und befindet sich nur über Nacht in der Anstalt usw.) können jederzeit vom Anstaltsleiter widerrufen bzw. erst gar nicht genehmigt werden. Wer z. B. durch häufige Beschwerden auffällt, verdirbt sich die Chancen. Besser also, man kriecht den Beamten in den Hintern. Auch hier also: freie Fahrt dem größten Radfahrer!

Der Artikel schildert auch die unbeschreibliche Ausbeutung der Häftlinge. Ihr Arbeitsentgelt kann man nicht als „Lohn" bezeichnen, sondern tatsächlich als Sklavenrente (durchschnittlich 4 bis 5 Mark am Tag für sieben bis acht Stunden Arbeit). Eine der Folgen dieser unbeschreiblichen Ausbeutung ist die zwangsläufige Entstehung eines Schwarzmarktes. Das heißt: Wer es bereits außerhalb gut verstanden hat, den Leuten mit kriminellen Geschäften das Fell über die Ohren zu ziehen, findet innerhalb des Gefängnisses Gelegenheit zur Fortsetzung seiner Tätigkeit! Der Schwarzmarkt wird von einigen Haien beherrscht, der Rest, der angesichts der ständigen Geldknappheit darauf angewiesen ist, wird rücksichtslos ausgesaugt. So kostet z. B. ein Päckchen mit 50 g Zigarettentabak, das im normalen Geschäft 2,75 DM kostet, auf dem Knast-Schwarzmarkt zwischen 3 und 5 DM; 200 g Nescafe, der beim legalen Einkauf beim Händler, der in den Knast kommt, auch schon zwischen elf und zwölf Mark kostet, kostet auf dem Schwarzmarkt zwischen 15 und 20 Mark!

Das ist die Wirklichkeit der sogenannten „Resozialisierung"! Die angeführten Beispiele beweisen, daß in den Haftanstalten geradezu die Verhaltensweisen und Praktiken, die die Kriminalität begünstigen, **gefördert werden!** Und das ist auch vollkommen logisch, handelt es sich doch um Verhaltensweisen und Praktiken, die den Bestand der kapitalistischen Ordnung stützen bzw. zwangsläufig in ihr entstehen!

An diesen Zuständen wird kein Strafvollzugsgesetz etwas ändern, welcher propagandistische Reformrummel darum auch gemacht werden mag!

Ein Genosse aus Reutlingen.

**TÜBINGEN**

In Tübingen kam es im Dezember letzten Jahres — nachdem etwa 150 Demonstranten den Beginn einer Faschistenveranstaltung verhindern konnten — zu einem brutalen Angriff der berüchtigten Hoffmann-Truppe auf die Antifaschisten. Sechs von ihnen wurden krankenhausreif geschlagen. Als nach einiger Zeit die Polizei kam, sah sie sich aufgrund der Empörung gezwungen, zwölf Faschisten festzunehmen.

Jetzt soll es zum Prozeß kommen. 15 Personen sind angeklagt — 12 Faschisten und drei der Antifaschisten! Die Klassenjustiz hatte die Anklagen gegen die Antifaschisten auf eine besonders infame Weise zusammengezimmert: Man lud sie als Zeugen im Ermittlungsverfahren gegen die Faschisten vor und eröffnete ihnen hinterher, daß auch gegen sie selber ein Verfahren laufe! So basiert die Anklage gegen einen der drei darauf, daß er bei der Zeugenvernehmung gesagt hatte, er habe die Faschistenveranstaltung verhindern wollen. Bei einem anderen reichte es aus, daß einer der Faschisten behauptete, er habe ihn in der ersten Reihe Ketten bilden sehen, bei dem dritten schließlich reichte die Aussage eines Polizeispitzels

# Polizeiterror gegen Jugendliche

**Der Terror der schießwütigen Polizei geht weiter. Es vergeht keine Woche, in der nicht neue Fälle gemeldet werden. Mit Pistolen, mit „Chemical mace" und Schlagstöcken schießt und prügelt die Polizei auf die Werktätigen ein. Und immer wieder sind Jugendliche die Opfer dieses Terrors.**

So zum Beispiel in Lemgo. Für vier Jungen war es ein harmloses Vergnügen: Sie hatten einen alten, nicht mehr zugelassenen Mercedes fahrtüchtig gemacht und unternahmen damit Spritztouren in die Umgebung. Bei einer dieser Fahrten wurde der Wagen von einer Funkstreife verfolgt. Die Jugendlichen fuhren den Mercedes in eine Garage und flüchteten zu Fuß. Die Polizisten sprangen aus dem Streifenwagen und liefen mit gezogenen Waffen hinterher. Einer von ihnen zielte und drückte ab.

Mit einem Oberschenkeldurchschuß brach der 16jährige Schüler Frank zusammen. Natürlich wird auch dieser Pistolenheld niemals von einem bürgerlichen Gericht verurteilt werden. Denn wie in allen anderen Fällen des Polizeiterrors ist für diese Gerichte nicht die Wahrheit ausschlaggebend Und wenn es Hunderte von Beweisen gibt, zählt nur, was die Mörder und Schläger in Uniform sagen. Und da reicht es eben, wenn wie von dem Lemgoer Polizisten eine solche unglaublich unverschämte Erklärung abgegeben wird wie: „Er stolperte gegen meine Waffe. Dabei löste sich ein Schuß."

Die Polizei machte sich noch nicht einmal die Mühe, ihren Angriff auf die vier Jugendlichen mit irgendeiner „Terroristen"-Geschichte zu rechtfertigen. Sie hatten die Verfolgung des Mercedes nur deswegen aufgenommen, weil sie einen Tip über die Spritztouren bekommen hatten. Als sie ihre Waffen zogen, wußten sie also ganz genau, daß sie es mit unbewaffneten Halbwüchsigen zu tun hatten.

Das ist geplanter, systematischer Terror gegen das Volk. So versucht die Bourgeoisie mit Pistolen und Polizeiknüppeln, die Jugendlichen einzuschüchtern. Aber es ist ihr nicht gelungen, dadurch Angst und Resignation zu verbreiten. Im Gegenteil: Der schrankenlose Terror der Polizei hat die Empörung und den Haß der Jugendlichen noch weiter gesteigert, hat dazu geführt, daß sie sich noch enger zusammengeschlossen haben. Das gilt nicht nur für diejenigen, die schon im Kampf gegen den Klassenfeind stehen, sondern, wie das folgende Beispiel zeigt, auch für andere Jugendliche, die Opfer des Polizeiterrors geworden sind.

In einem Ort in der Nähe von Ludwigsburg wurden zwei junge Männer mit ihrem Wagen bei einer Verkehrskontrolle gestoppt. Ohne ersichtlichen Grund zog einer der kontrollierenden Polizisten den Beifahrer aus dem Auto und brach ihm mit Faustschlägen den Kiefer. Trotz dieser schweren Verletzung wurde der Jugendliche festgenommen und in eine Polizeiwache' gebracht. Der Fahrer alarmierte daraufhin etwa dreißig Freunde, die mit ihm zu der Wache zogen, um die Freilassung des Verletzten zu verlangen. Es gelang ihnen, bis in den Vorraum der Wache vorzudringen.

Daraufhin riefen die Polizisten über Funk vierzehn Streifenwagen zusammen. Die Jugendlichen wurden ohne jede Vorwarnung von dieser „Verstärkung" überfallen, wobei die Polizisten nicht nur Schlagstöcke und „Chemical mace" einsetzten, sondern auch mit Pistolenknäufen auf die Jugendlichen einschlugen. Die Folge: Gehirnerschütterungen, Nierenquetschungen, Beckenprellungen usw. Und vier Jugendliche werden wegen „Widerstand" und „Landfriedensbruch" angeklagt!

Aber diese Jugendlichen, deren „Verbrechen" es war, daß sie einem mißhandelten Freund zu Hilfe geeilt sind, werden sich auch durch den Justizterror nicht kleinkriegen lassen. Die Bourgeoisie glaubt, sie könnte jede, auch die kleinste Regung des Widerstands gegen die Unterdrükkung durch ihre terroristische Gewalt eindämmen. Tatsächlich aber bringt die verschärfte Unterdrückung nur verstärkten Widerstand hervor. Und bei vielen Jugendlichen reift dabei die Erkenntnis, daß sie organisiert kämpfen und sich auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen müssen.

# Resolution der Jasa-Kollegen

An die Herren Richter!

Am 16. und 17. Mai 1977 soll von Ihrer Strafkammer beim Landgericht München unser Betriebsratsvorsitzender Volker Nieber verurteilt werden. Das Urteil aus erster Instanz lautet auf 16 Monate Haft ohne Bewährung.

Unser Betriebsratsvorsitzender Volker Nieber ist kein Verbrecher und kein Krimineller und auch Ihr Gericht kann ihn nicht dazu machen!

Unabhängig von unserer eigenen politischen Meinung unterstützen wir Volker Nieber gegen diese Verurteilung wegen einer Demonstration von 1972 am Antikriegstag und fordern seinen Freispruch.

Volker Nieber hat im Betrieb und in der jetzigen schweren Lage für alle Arbeiter und Angestellten der Jasa wegen des laufenden Konkursverfahrens unsere Interessen richtig vertreten, sich für alle Arbeitnehmer der Jasa eingesetzt und ist von uns mit der Vertretung unserer Interessen auch vor den zuständigen Gerichten beauftragt worden.

Wir können nicht hinnehmen, daß unser Betriebsratsvorsitzender für kriminell erklärt wird.

Wir wollen nicht zulassen, daß er durch Ihr Gericht aus unseren Reihen gerissen wird und vielleicht sogar ins Gefängnis gesteckt werden soll.

Wir verlangen Freispruch und im Interesse der Vertretung unserer Sache vor dem zuständigen Reutlinger Gericht durch Volker Nieber auch eine Verschiebung der Gerichtsverhandlung in München!

Volker Nieber gehört hier in den Betrieb als Arbeiter und als Betriebsrat — nicht ins Strafgericht nach München und erst recht nicht ins Gefängnis!

# Wer sich beschwert, muß zahlen

„Jedermann", so heißt es im Gesetz, „kann mit der Behauptung, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte ... verletzt zu sein, die Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht erheben."

Was dieses Recht in der Praxis wert ist, zeigte sich kürzlich im Fall von Martin Peleikis. Martin war zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er presserechtlich verantwortlich für ein antimilitaristisches Flugblatt der Partei war. Nachdem die Revision gegen dieses Urteil abgelehnt wurde, legte Martins Rechtsanwalt Verfassungsbeschwerde ein, da die Verurteilung von Martin, genauso wie zig andere Verurteilungen in Verfahren gegen die Presse der Partei, gegen das sogenannte „Parteienprivileg" verstößt. Ein Fall also, der, wie man meinen sollte, eindeutig in die Kompetenz des Bundesverfassungsgerichts gehört. — Sollte man meinen, aber es ist nicht so.

Weil Martins Rechtsanwalt diese Verfassungsbeschwerde einlegte, die — wie es im Antwortschreiben heißt — nicht zur Entscheidung angenommen wird, „weil sie keine ausreichende Aussicht auf Erfolg" hat, muß jetzt eine „Mißbrauchsgebühr" in Höhe von 1.000 DM gezahlt werden! Mit anderen Worten, wer sich an das Bundesverfassungsgericht wendet, ohne „hinreichende Aussicht auf Erfolg", was aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts, des obersten Klassengerichts der Bourgeoisie, bei so gut wie allen Eingaben von Werktätigen oder gar Revolutionären der Fall ist, der wird dafür mit einer Geldstrafe von 1.000 DM bestraft!

## Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

# Bombenalarm bei Hertie in Stade

Am Donnerstag, den 5. Mai, wurden wir Arbeiter und Angestellten der Firma Hertie davon unterrichtet, daß bei der Geschäftsleitung eine Bombendrohung eingegangen sei. Auf unsere Fragen konnte bzw. wollte man uns nichts Näheres sagen. Wir sollten weiterarbeiten, denn diese Bombendrohung sei **wahrscheinlich** nicht ernstzunehmen.

Suchtrupps, bestehend aus Hausinspektion und Hausfeuerwehr durchsuchten alle Räume, Regale, Schubladen usw. Das alles geschah so unauffällig wie möglich, denn der Verkauf ging weiter. Eigentlich sollte man annehmen, daß die Herren von der Geschäftsleitung nichts Eiligeres zu tun hätten, als das Kaufhaus zu räumen, um nicht unnötig Menschenleben zu gefährden. Doch nichts dergleichen geschah! Im Gegenteil: Etwa eine Stunde später wurde uns gesagt, der Bombenalarm sei vorüber, wir bräuchten uns keine Sorgen mehr zu machen.

Am nächsten Tag war — wenn auch nicht offiziell — zu erfahren, daß der Bombenalarm bis 17.30 Uhr dauerte, daß die Bombendrohung mit einer Forderung nach 100.000 DM verbunden war, daß das Geld um 17.00 Uhr am Stader Bahnhof übergeben werden sollte — wenn nicht. würde bis 17.30 Uhr die Bombe hochgehen. Ob und wie es zur Übergabe des Geldes kam, verschwieg man uns natürlich auch.

Durch diesen Vorfall wurde wieder einmal auf sehr drastische Art und Weise deutlich, daß den Kapitalisten Menschenleben einen Dreck wert sind, wenn sie dem Profit im Wege stehen.

Bezeichnenderweise wurde die Bombendrohung in der Öffentlichkeit totgeschwiegen. Denn wenn darüber in der Presse berichtet worden wäre, hätte Hertie sich den berechtigten Zorn der Bevölkerung — vor allem der zur Zeit anwesenden Kunden — zugezogen. Sowas wirkt sich natürlich nicht gerade umsatzfördernd aus. Wie heißt es doch so schön in den Zeitungsanzeigen? „Hertie — Ihr freundliches Warenhaus".

Rot Front!
Eine Genossin aus Buxtehude.

# „Terroristen"-Jagd in Wiesbaden

Anfang Mai stürmten abends mehrere Polizisten vom 3. Revier in Wiesbaden eine Kneipe, weil irgendjemand einen „Terroristen" gesehen haben wollte. Die Polizei selbstverständlich mit Maschinenpistolen bewaffnet.

Der angebliche „Terrorist" wird herausgeholt, nach Waffen durchsucht. Man findet keine. Wie ein Schwerverbrecher wird er aufs Revier gebracht. Während der Fahrt richtet ein Polizist seine MP auf den Mann. Auf die Frage, ob die MP nicht anders gehalten werden könnte oder ob sie wenigstens gesichert sei, antwortete der Polizist: „Glaubst du, ich würde ein Risiko eingehen?"

Nachdem, wie im „Roten Morgen" berichtet, ein Schafhalter kaltblütig erschossen wurde und die Polizei das als bedauernswerten Einzelfall darzustellen versucht, zeigt das eben Geschilderte deutlich, was es mit der Hitler-Propaganda-Losung „Die Polizei — dein Freund und He[illegible]" auf sich hat.

Ubrigens: Der Festgenommene war weder „Terrorist" noch sonstwas. Sondern ein Bürger, der nach Feierabend seine Ruhe haben wollte und das Verbrechen beging Durst zu haben.

Rot Front!
Reinhold H. aus Wiesbaden.

# Aufregung um ein Mai-Plakat

Liebe Genossen,

vor dem 1. Mai hatte die Ortsgruppe Düsseldorf der Partei eine Werbefläche an einer gut sichtbaren Giebelwand gemietet. Nach etlichen Stunden Arbeit war das Plakat fertig. Am 22. 4. abends klebten wir es fest. Aus fünf Metern Höhe grüßte jetzt ein Genosse, die Faust erhoben, in der anderen Hand die Parteifahne. Im Hintergrund eine Rote Maidemonstration. Darüber in fetten Buchstaben: „Heraus zum Roten 1. Mai!" und „Nieder mit dem Regierungsmai!"

Dem Besitzer des Hauses, zu dem die Giebelwand gehörte, und einem Garagenbesitzer, dessen Tankstelle an die Giebelwand angrenzte, mißfiel das Plakat sehr. Der Hausbesitzer lamentierte herum und rief die Polizei. Die zog aber wieder ab. Wir waren nur für fünf Minuten einkaufen gegangen — als wir wiederkamen, hatte der Tankstellenbesitzer das Plakat mit seinen Angestellten abgerissen. Wir waren ganz schön sauer und wollten eine Anzeige erstatten.

Zunächst machten wir ein neues Plakat, diesmal nur mit Schrift, das wir nach Geschäftsschluß der Tankstelle anbrachten. Kaum hatten wir angefangen zu kleben, kam der Hausbesitzer wieder angelaufen. Diesmal hielt ich ihm die schriftliche Genehmigung unter die Nase. Aber er gab sich damit nicht zufrieden. Als das Plakat fertig war, standen auf einmal zwei zivile Polizisten neben uns und verlangten unsere Personalien, obwohl ich auch ihnen die schriftliche Genehmigung entgegenhielt.

Am nächsten Morgen rief dann die Werbeflächenfirma an, sie hätten bereits unser Plakat überklebt, da der Hausbesitzer mit Kündigung der Werbefläche gedroht hätte...

Ein Genosse aus Düsseldorf.

## Parteiveranstaltungen

**Hannover:**
Veranstaltung „10 Jahre Roter Morgen", 4. 6., 18.30 Uhr, Haus der Jugend, Maschstr., Terrassensaal

**Kassel:**
Veranstaltung „10 Jahre Roter Morgen", 5. 6., 19,30 Uhr, Bürgerschänke, Wehlheider Kreuz

## Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

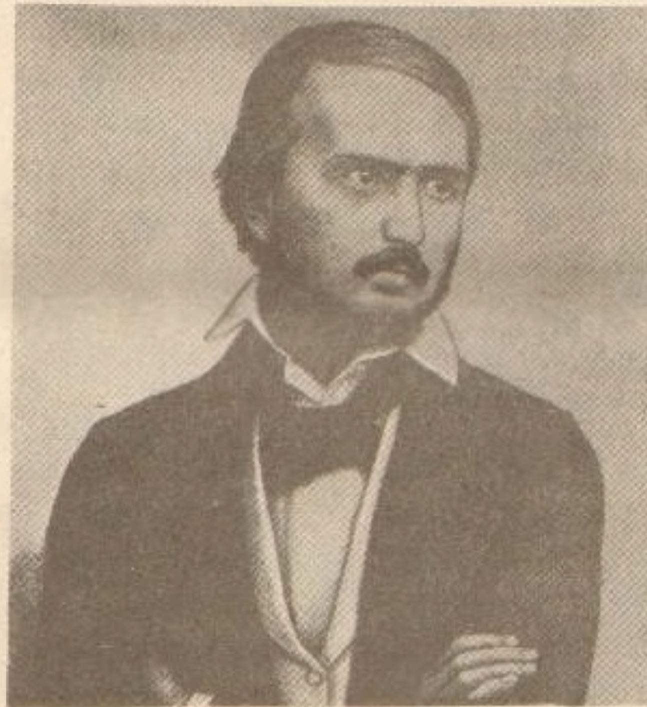
○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ......................................
WOHNORT ..................................
STRASSE ...................................

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

# "Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne Deine Macht..."

**Vor 160 Jahren, am 31. 5. 1817, wurde Georg Herwegh, einer der ersten deutschen Arbeiterdichter geboren. Obwohl Georg Herwegh wegen seiner revolutionären Gesinnung einen großen Teil seines Lebens im Exil zubringen mußte, obwohl seine drei Gedichtbände in Preußen verboten waren, fanden seine Verse begeisterte Zustimmung unter der deutschen Jugend und später auch in der Arbeiterbewegung und wurden teilweise sehr populär.**



1842 schrieb Herwegh sein Gedicht „Die Partei", in dem er forderte, daß der Dichter im Kampf um die Freiheit Partei ergreifen muß. Die „Rheinische Zeitung" veröffentlichte dieses Gedicht und als Karl Marx die Leitung der Zeitung übernahm, erschienen regelmäßig Beiträge von Georg Herwegh.

Herwegh, zu dieser Zeit noch ein revolutionärer Demokrat, entwickelte sich im Lauf der Jahre, durch die Erfahrungen des Klassenkampfes und durch die geduldige Hilfe von Marx und Engels zum proletarischen Revolutionär.

1863 trat Herwegh dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" bei und schrieb noch im gleichen Jahr das „Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein", dessen Worte „Mann der Arbeit aufgewacht! Und erkenne Deine Macht! Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will" heute so populär sind wie damals; der beste Beweis dafür, daß Georg Herwegh es auf großartige Weise verstand, der Kraft und dem Kampf der Arbeiterklasse Ausdruck zu verleihen, daß er wirklich ein Dichter des Proletariats war. Als solcher trennte er sich auch von Lasalle und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, als er dessen opportunistische Grundlage erkannte und bezog Stellung für die I. Internationale, deren Ehrenkorrespondent er 1866 wurde.

## *Bundeslied*

*„Bet' und arbeit!" ruft die Welt.*
*Bete kurz, denn Zeit ist Geld!*
*An die Türe pocht die Not,*
*bete kurz, denn Zeit ist Brot!*

*Und du ackerst, und du säst,*
*und du nietest, und du nähst.*
*Und du hämmerst, und du spinnst,*
*sag, o Volk, was du gewinnst?*

*Wirkst am Webstuhl Tag und Nacht,*
*schürfst im Erz- und Kohlenschacht,*
*füllst des Überflusses Horn,*
*füllst es hoch mit Wein und Korn.*

*Doch, wo ist dein Mahl bereit?*
*Doch, wo ist Dein Feierkleid?*
*Doch, wo ist dein warmer Herd?*
*Doch, wo ist dein scharfes Schwert?*

*Alles ist dein Werk! O sprich,*
*alles, aber nichts für dich!*
*Und von allem nur allein,*
*die du schmiedst, die Kette, dein!*

*Kette, die den Leib umstrickt,*
*die dem Geist die Flügel knickt,*
*die am Fuß des Kindes schon*
*klirrt — o Volk, das ist dein Lohn.*

*Was ihr hebt ans Sonnenlicht,*
*Schätze sind es für den Wicht;*
*was ihr webt, es ist ein Fluch*
*für euch selbst — ins bunte Tuch.*

*Was ihr baut, kein schützend Dach*
*hat's für euch und kein Gemach;*
*was ihr kleidet und beschuht,*
*tritt auf euch voll Übermut.*

*Menschenbienen, die Natur,*
*gab sie euch den Honig nur?*
*Seht die Drohnen um euch her!*
*Habt ihr keinen Stachel mehr?*

*Mann der Arbeit, aufgewacht,*
*und erkenne deine Macht!*
*Alle Räder stehen still,*
*wenn dein starker Arm es will!*

*Deiner Dränger Schar erblaßt,*
*wenn du, müde deiner Last,*
*in die Ecke lehnst den Pflug,*
*wenn du rufst: Es ist genug!*

*Brecht das Doppeljoch entzwei!*
*Brecht die Not der Sklaverei!*
*Brecht die Sklaverei der Not!*
*Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!* (1863)

## *Achtzehnter März*

*Achtzehnhundertvierzig und acht,*
*als im Lenze das Eis gekracht,*
*Tage des Februar, Tage des Märzen,*
*waren es nicht Proletarierherzen,*
*die voll Hoffnung zuerst erwacht*
*achtzehnhundertvierzig und acht?*

*Achtzehnhundertvierzig und acht,*
*als Du Dich lange genug bedacht,*
*Mutter Germania, glücklich verpreußte,*
*waren es nicht Proletarierfäuste,*
*die sich ans Werk der Befreiung gemacht*
*achtzehnhundertvierzig und acht?*

*Achtzehnhundertvierzig und acht,*
*als Du geruht von der nächtlichen Schlacht,*
*waren es nicht Proletarierleichen,*
*die Du, Berlin, vor den zitternden, bleichen,*
*barhaupt grüßenden Cäsar gebracht*
*achtzehnhundertvierzig und acht?*

*Achtzehnhundertsiebzig und drei,*
*Reich der Reichen, da stehst Du, juchhei!*
*Aber wir Armen, verkauft und verraten,*
*denken der Proletariertaten —*
*noch sind nicht alle Märze vorbei,*
*achtzehnhundertsiebzig und drei.* (1873)

## Kurzgeschichte von Franz Carl Weiskopf

# Der Strick

Für jene Gefangenen, die wegen „Aufsässigkeit" oder weil es der Kommandant so bestimmte, in die Arrestzellen, die sogenannten Bunker, geschafft wurden, stellte die Kanzlei des Konzentrationslagers Dachau nicht nur die „Strafkarten", sondern auch die gelben Dienstzettel aus, die an den Landjägerposten, Kopie an die Staatsanwaltschaft zu München, jedesmal dann abgingen, wenn im Lager ein „Abgang durch Selbstmord" zu verzeichnen war. Die Eintragungen auf den gelben Zetteln glichen einander, mit Ausnahme der Personalangaben, der Einlieferungs- und der Sterbedaten, vollkommen. Jedesmal hieß es: „In der Zelle erhängt" und „Motiv unbekannt".

Nicht vermerkt wurde hingegen, daß sogar das corpus delicti jedesmal das gleiche war, ein und derselbe solide Kälberstrick, dessen Schlinge vom häufigen Gebrauch bereits ganz glatt und dunkel geworden war. Erst als der — gewissermaßen schon geregelte — Ablauf jener Vorgänge, die zu seiner Benützung führten, eines Tages gestört wurde, tauchte der Strick in den Akten der Lagerkanzlei auf.

Das kam so. Wie allen Bunkerinsassen, wurde auch dem kommunistischen Landtagsabgeordneten B..., einem oberbayrischen Holzfäller, der schon bei der Einlieferung von dem gleichfalls aus Oberbayern stammenden Führer der Wachmannschaft mit den Worten „Willkommen auf dem Friedhof!" begrüßt worden war, zusammen mit der Bibel auch der bewußte Strick in die Zelle gebracht. Auf die Frage, was das bedeuten solle, erhielt er zur Antwort, er möge erst einmal den Besuch des Kommandos zur besonderen Verwendung abwarten, dann werde ihm der Zweck dieses „Geschenkes" ohne weiteres klar werden. Im übrigen bleibe zu erwägen, ob er nicht schon vor Erscheinen des Kommandos z. b. V., das — wie man an dumpfen Schlägen und verzweifelten Schreien hören konnte — soeben in eine der Nachbarzellen zu Besuch gekommen war, von dem Strick Gebrauch machen wolle: Lebend komme er ja doch nicht wieder aus dem Bunker heraus, und es sei immer noch angenehmer, sich sozusagen gesund aufzuhängen, als mit zerbrochenen Gliedern oder abgetretenen Hoden.

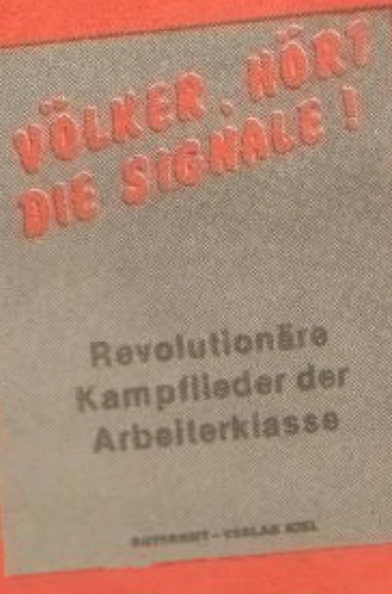
B... befolgte den Rat, die Schlinge zu benutzen, nicht. Auch nicht, als er nach der ersten Visite des Kommandos z. b. V. schon aus mehreren Kopfwunden blutete, und auch noch nicht, als er nach einem zweiten und dritten Besuch mit einer abgeschlagenen Niere und ausgestoßenen Zähnen auf dem Boden lag. Da wurde ihm am Abend die Leiche seines Freundes D..., der mit ihm zugleich ins Lager eingeliefert worden war, in die Zelle geworfen; zur gefälligen Darnachachtung, wie der Wachkommandant bemerkte, und mit der dringenden Mahnung, den Strick nicht länger als bis zum Morgen unbenützt zu lassen. Welcher Mahnung der Gefangene denn auch pünktlich, wiewohl auf eine unvorhergesehene Weise, nachkam. Fand doch der inspizierende Truppführer, als er gegen Morgen die Zelle betrat, zwar — wie erwartet — einen Mann in blutigem Unterzeug an dem Kälberstrick hängen, doch war der Erhängte nicht B..., sondern ein SS-Mann, der in der Nacht vor den Bunkern Wache gehabt hatte. Der Gefangene war, in der Uniform des SS-Mannes, geflohen.

F. C. Weißkopf
**Gesammelte Werke**

Die gesammelten Werke umfassen 8 Bände, in Leinen gebunden, mit Kassette, DM 38,00.

Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 500568, 2000 Hamburg 50.

## Völker, hört die Signale!




Revolutionäre Kampflieder der Arbeiterklasse, 214 Seiten, Format A 6, flexibler Plastikeinband, DM 5,40.
Erschienen im Rotfront-Verlag, zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 500568, 2000 Hamburg 50.

# "Arbeiten, kämpfen und leben wir wie im Belagerungszustand" - eine revolutionäre Losung des albanischen Volkes

**Es waren die Arbeiter von „Traktori 1", des Traktorenersatzteilwerkes in Tirana, der Hauptstadt Albaniens, die die Bewegung „Arbeiten, kämpfen und leben wir wie im Belagerungszustand" ins Leben riefen. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres stellten sie 300 Ersatzteile, die Albanien bisher importieren mußte, selbst her. Ein Beitrag zur Verwirklichung des Ziels des 6. Fünfjahrplans, der eine Steigerung der Selbstversorgung mit Ersatzteilen von heute 85% auf 95% im Jahre 1980 vorsieht.**

**Das Beispiel der Arbeiter von „Traktori 1" machte Schule. Nachdem es durch das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens „Zeri i Popullit" verbreitet wurde, nachdem Genosse Enver Hoxha in einer Rede vor Parteimitgliedern in Vlora die Bedeutung dieser Losung hervorgehoben hatte, haben sich heute zahlreiche Werktätigenkollektive in Stadt und Land diese Losung zu eigen gemacht. „Arbeiten, kämpfen und leben wir wie im Belagerungszustand" ist zu einer Massenbewegung in Albanien geworden, bei der die albanischen Werktätigen entschlossener denn je im Vertrauen auf die eigene Kraft den Sozialismus aufbauen und die Diktatur des Proletariats verteidigen.**

Warum „Belagerungszustand"? Befindet sich denn Albanien mit irgendjemandem im Kriegszustand? Ja und nein. Nein, weil gegenwärtig keine Panzer gegen Albanien rollen und keine Bomben fallen. Ja, weil die Gefahr einer solchen militärischen Aggression gegen die Sozialistische Volksrepublik Albanien durch den Imperialismus oder den Sozialimperialismus ganz real besteht, weil das sozialistische Albanien für den Weltimperialismus und Weltrevisionismus ein Todfeind ist, den sie in die Knie zwingen und versklaven wollen. Um dieses Ziel zu erreichen, um den Sozialismus in Albanien zu stürzen, führen sie mit wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Waffen einen unaufhörlichen, erbarmungslosen Krieg gegen diesen kleinen Staat an der Adria.



Die Arbeiter des „Traktori"-Werks haben die Bewegung „Arbeiten, kämpfen und leben wir wie im Belagerungszustand" ins Leben gerufen. Das Bild zeigt eine Werkhalle dieser Fabrik.

Dieser Belagerungszustand, die imperialistisch-revisionistische Einkreisung Albaniens, ist keineswegs nur das Resultat der geographischen Lage des Balkanstaates, ist auch nicht das Resultat aktueller, vorübergehender Konflikte, sondern Ausdruck der unversöhnlichen Feindschaft zwischen dem Sozialismus und dem Imperialismus und Revisionismus. Denn die Bourgeoisie, die den Sieg der Revolution mit allen Mitteln des Terrors zu verhindern sucht, findet sich mit der Existenz eines sozialistischen Staates nicht ab. Sie versucht von außen und von innen das verlorene Terrain zurückzugewinnen und ihre Macht wiederherzustellen. Zeit spielt dabei keine Rolle. Bekanntlich gelang es der Bourgeoisie, in der ehemals sozialistischen Sowjetunion den Kapitalismus zu restaurieren, nachdem dort die Diktatur des Proletariats bereits rund 40 Jahre bestand.

Angesichts dieser Tatsachen kann der Sozialismus nur erfolgreich aufgebaut werden, wenn das Prinzip befolgt wird, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen. Dieses Prinzip — das nicht nur für sozialistische Länder, sondern auch für die Befreiungsbewegungen und die Parteien gilt — in die Tat umzusetzen und konsequent zu verwirklichen, ist eine lebenswichtige Frage für ein sozialistisches Land.

Das albanische Volk hat diese Politik unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens immer befolgt, der 7. Parteitag hat sie erneut bekräftigt und die neue Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien hat sie im Grundgesetz des albanischen Staates verankert.

**„Beim Aufbau des Sozialismus"**, heißt es dort, **„stützt sich die Sozialistische Volksrepublik Albanien hauptsächlich auf die eigenen Kräfte."** Gleichzeitig verbietet die Verfassung die Stationierung ausländischer Truppen im Land, die Annahme von Krediten aus kapitalistischen und revisionistischen Ländern, ausländische Kapitalinvestitionen und die Bildung von sogenannten „gemischten Gesellschaften".

Weil diese prinzipienfeste Politik den konterrevolutionären Bestrebungen der Imperialisten und Sozialimperialisten einen Riegel vorschiebt, ist es verständlich, daß sie nicht müde werden, mit den verschiedensten Argumenten dagegen zu hetzen. Immer wieder findet man beispielsweise in westdeutschen Zeitungen Artikel von sogenannten „Albanienkennern", die „wissenschaftlich" belegt weissagen, daß eine solche Politik zum Scheitern verurteilt sei, daß sie mit dem Preis der „Rückständigkeit" und „wirtschaftlichen Stagnation" bezahlt werden müsse und so weiter und so fort.

So argumentierten Anfang der 60er Jahre die russischen Sozialimperialisten. Anastas Mikojan, der damals die Volksrepublik Albanien mit Brotgetreide dazu erpressen wollte, sich zu unterwerfen, unkte damals, ohne die Sowjetunion würde Albanien ohne Brot bleiben und nicht länger als 15 Tage leben. Seit damals aber sind inzwischen mehr als 15 Jahre vergangen. Albanien hat im letzten Jahr zum ersten Mal alles notwendige Getreide zur Versorgung des Landes selbst produziert und legt inzwischen bereits Vorräte an, während die Bourgeoisie die Sowjetunion aus einem Land, das früher in der Zeit Stalins Getreide ausführte, in ein Land verwandelt hat, das jedes Jahr Millionen Tonnen Getreide aus den westlichen kapitalistischen Ländern einführen muß.



Genosse Enver Hoxha mit Arbeiterinnen und Arbeitern auf dem 7. Parteitag der PAA.

Ähnlich wie in der Landwirtschaft sieht es auch in der Industrie aus.

Während nach der Logik der Imperialisten Albanien, weil es „westliches Know-how", amerikanische und russische Kredite und Kapitalinvestitionen strikt ablehnte, zu einem primitiven Dasein ohne moderne Industrie verurteilt sein müßte, schreitet die Entwicklung der albanischen Wirtschaft mit Riesenschritten voran. Im letzten Jahr wurde der erste albanische Stahl gegossen, in diesem Jahr wurde der Bau eines weiteren wichtigen Werkes des Hüttenkombinats von Elbasan — von der westlichen Presse wiederholt als totgeborenes Kind bezeichnet — vorfristig abgeschlossen.

Längst ist Albanien, das nach den düsteren Prophezeiungen der bürgerlichen Schreiberlinge angeblich dazu verdammt ist, „weiterhin das rote Schlußlicht auf dem Balkan zu bleiben" (Gustav Chalupa im „Tagesspiegel"), die leuchtende Ausnahme inmitten der anderen kapitalistischen und revisionistischen Länder, in denen die Lage für die Werktätigen bereits heute elend ist und die Zukunft noch düsterer. Albanien hat die höchsten Zuwachsraten bei der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion während der letzten zehn Jahre in Europa gehabt. Die Zuwachsrate des Nationaleinkommens stieg während des letzten Fünfjahrplans etwa dreimal so schnell wie die Zuwachsrate der Bevölkerung. Während des laufenden Fünfjahrplans wird der albanische Staat mehr investieren als in den ersten vier Fünfjahrplänen (1951-1970) zusammengenommen, die Industrieproduktion wird größer sein als in den 20 Jahren von 1955 bis 1975 zusammengenommen.

Der Wohlstand des Volkes verbessert sich stetig — es gibt keinen einzigen Arbeitslosen, keine Preissteigerungen, kostenlose Gesundheitsversorgung und vieles andere mehr, das kein kapitalistischer Staat den Werktätigen garantieren kann. Es gibt eine hochentwickelte Bildung, Wissenschaft und Kultur, die sich ebenfalls hauptsächlich auf die eigenen Kräfte stützen. So existiert heute in Albanien beispielsweise kein einziges übersetztes Schulbuch mehr. Alle Schulbücher sind gemäß den Erfahrungen und den Notwendigkeiten der albanischen Schule neu geschrieben worden.

Alle diese Erfolge zeigen, daß die imperialistischen Schwarzseher bei ihren „Prognosen" einen entscheidenden Fehler begehen. Sie lassen außer acht, daß ein Volk, geführt von einer marxistisch-leninistischen Partei und im Geist des Marxismus-Leninismus erzogen, eine unbezwingliche Macht ist. Deshalb betonte auch Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag:

„Das Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, erfordert vor allem, daß wir uns fest auf die schöpferischen, geistigen und körperlichen Energien des von der Partei geführten Volkes stützen. Der Sozialismus ist das Werk der Massen."

Seit dem 7. Parteitag hat die albanische Arbeiterklasse, haben die Werktätigen in der Landwirtschaft und die revolutionären Jugendlichen diese Kraft des Volkes aufs Neue auf glänzende Weise unter Beweis gestellt. Die Initiative der Arbeiter von „Traktori 1", die Initiative der 11.000 Jugendlichen, die durch ihren freiwilligen Einsatz dazu beitrugen, das wichtige Werk Nr. 12 des Hüttenkombinats von Elbasan vorfristig fertigzustellen; der Erfolg der Werktätigen von Permeti, die in den ersten drei Monaten dieses Jahres doppelt so viel Exportwaren herstellten wie geplant; die Anstrengungen der Werktätigen in der Landwirtschaft, die teilweise die für 1980 gesetzten Planziele schon in diesem Jahr erreichen werden und vieles andere mehr. —

All dies zeigt, daß die Werktätigen die Erfüllung dieses Fünfjahrplans als eine Aufgabe ansehen, die die Revolution stellt, als eine Schlacht gegen Imperialismus und Revisionismus. „Der Zustand der Einkreisung und Blockade", sagte Genosse Mehmet Shehu im Bericht über den 6. Fünfjahrplan, „ist ein Kriegszustand. Die Menschen müssen kämpfen, um die Aufgaben des Staatsplans zu erfüllen, wie ein Militärverband im Kriegsfall kämpft, um die Einkreisung zu durchbrechen. Unter unseren Bedingungen läßt sich die Einkreisung und die Blockade nicht durchbrechen, wenn wir nicht das Brot im Land erzeugen, wenn wir nicht Ersatzteile im Land herstellen, wenn wir nicht das Erdöl im Land fördern, wenn wir nicht die Aufgaben des Staatsplans erfüllen."

In ihrer Hetze gegen die Verfolgung der Politik des Sich-Stützens-auf-die-eigenen-Kräfte gehört es zum Standardarsenal der bürgerlichen Propaganda, von der „Abkapselung" Albaniens, seinem „Isolationskurs" zu zetern. Was sich dahinter verbirgt, zeigte sich in seltener Offenheit in einem Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" während des 7. Parteitages, wo es hieß: „Alles und jedes griff der 68 Jahre alte Parteichef aus Tirana an. Hodscha ist stolz, daß sein Land die ‚Liebdienerei' an Touristen nicht mitmacht, daß es keine ‚Faschisten, Agenten oder Träger von bürgerlicher oder revisionistischer Degeneration' ins Land läßt und daß es mit der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, Israel, Spanien und noch einigen Ländern nicht einmal Handelsbeziehungen unterhält." Wirklich, eine schreckliche Politik — für einen Journalisten, der sich zum Anwalt des Imperialismus macht.

Hier bestätigt sich vollkommen die Richtigkeit dessen, was Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag betonte: „Die Imperialisten und Revisionisten bezeichnen ein Land als isoliert, das der Flut der versklavenden Kredite, der Touristen und der Spione, der dekadenten Kultur und der Entartung einen Riegel vorgeschoben hat. Von diesem Blickwinkel aus betrachtet, sind wir tatsächlich ein isoliertes Land und werden es auch bleiben."

In Wirklichkeit ist die Sozialistische Volksrepublik Albanien natürlich keineswegs isoliert. Sie hat Freunde in aller Welt. Nicht nur in den marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen, sondern auch in den unterdrückten Völkern und Arbeitern aller Länder.

Gleichzeitig unterhält die Sozialistische Volksrepublik Albanien auch Beziehungen zu 77 Staaten der Welt.

Diese allseitigen Erfolge bestätigen die Richtigkeit und die Notwendigkeit der Befolgung des Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen. „Solange daher der vollständige Sieg des Sozialismus im weltweiten Maßstab nicht gesichert ist und die Gefahr einer Rückentwicklung existiert, ist es unbedingt notwendig, daß jedes sozialistische Land, wie auch jede revolutionäre Befreiungsbewegung, sich auf die eigenen Kräfte stützt, um die nationale Unabhängigkeit und die sozialistischen Errungenschaften zu erlangen, zu bewahren und zu konsolidieren, jede eventuelle äußere Aggression abzuwehren und jeden Versuch der inneren Feinde, die Diktatur des Proletariats zu stürzen, zu zerschmettern.

Gestützt auf die Lehren des Marxismus-Leninismus und auf die revolutionäre Erfahrung der PAA bekräftigte Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA erneut: „Unsere Partei vertritt nach wie vor die Absicht, daß sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, keine vorübergehende und zeitweilige Politik ist, sondern eine objektive Notwendigkeit für jedes Land, ob groß oder klein, ob fortgeschritten oder rückständig, ein Prinzip, das sowohl in den Befreiungskämpfen und in der proletarischen Revolution als auch beim Aufbau des Sozialismus und bei der Verteidigung des Vaterlandes anwendbar ist." („Ein allgemeingültiges Prinzip der Revolution und des sozialistischen Aufbaus", „Albanien heute", Nr. 2/77.)





**ALBANIEN HEUTE.** Eine politisch-informative Zeitschrift, behandelt Probleme des sozialistischen Aufbaus in Albanien sowie aktuelle internationale Fragen.

Abonnementspreis jeweils für ein Jahr (6 Hefte) nur 8,25 DM.

Bestellungen an: **GEWISO-Buchvertrieb**, 2000 Hamburg 50, Postfach 500568.

# Aus aller Welt

**ISRAEL**

Nach dem Sieg der Likud-Partei bei den israelischen Wahlen demonstrierten die Zionisten sofort ihre Entschlossenheit, ihren verbrecherischen, aggressiven Kurs gegen die arabischen Völker und insbesondere das palästinensische Volk fortzusetzen und noch weiter zu verschärfen. Der Chef der Likud-Partei, Menachem Begin, reiste unmittelbar nach seinem Wahlsieg in die von den Zionisten besetzten Gebiete auf dem Westufer des Jordan, besuchte dort eine zionistische Siedlung und erklärte, „niemals" würde sich Israel aus diesen Gebieten zurückziehen. Menachem Begin ist dem palästinensischen Volk gut bekannt. In einer Presseerklärung des Vertreters der PLO bei der Liga der arabischen Staaten in Bonn heißt es über ihn: „M. Begin ist kein unbeschriebenes Blatt — seinen ‚Ruf' hat er sich in den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts als Führer der zionistischen Terrorgruppe ‚Irgun' erworben. Was diese Gruppe ‚auszeichnete', war ihre besondere Brutalität und Grausamkeit gegenüber der einheimischen palästinensischen Bevölkerung. M. Begins Bande war es, die das Massaker an der Bevölkerung des Dorfes Deir Yassin im Jahre 1948 beging: 250 Frauen, Männer und Kinder wurden von der Irgunbande niedergemacht."

**BRASILIEN**

In Brasilien hat der Kampf der Studenten gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das faschistische Regime breite Ausmaße angenommen. Vor kurzem beteiligten sich etwa 10.000 Studenten an Demonstrationen. Die Demonstranten wurden von einem großen Polizeiaufgebot überfallen. Die Polizei nahm zahlreiche demonstrierende Studenten und Arbeiter fest. In Anbetracht des verstärkten Kampfes der Studenten und aus Angst vor einer weiteren Ausbreitung der Bewegung verboten die Behörden sämtliche weiteren Demonstrationen. Trotzdem lassen die Studenten nicht von ihrem Kampf ab. Am 9. Mai boykottierten sie die Vorlesungen an den Universitäten und erklärten, sie würden ihren Kampf fortsetzen, damit mit Unterdrückung, Folter und Mord durch die faschistischen Behörden Schluß gemacht werde.

**SIMBABWE**

Am 14. Mai haben die Patrioten von Simbabwe eine neue Aktion gegen die Polizei des Rassistenregimes durchgeführt. Eine ihrer Einheiten griff einen Polizeiposten einige Kilometer südwestlich von Salisbury an. Ein Polizist fiel unter den Kugeln der Patrioten, zwei weitere wurden schwer verletzt. Einige Gebäude, die in der Nähe standen, wurden zerstört.

**OSTTIMOR**

In einem Kommunique der Patrioten von Osttimor, das kürzlich veröffentlicht wurde, heißt es unter anderem, daß das ganze Volk mit der Waffe in der Hand gegen die indonesischen Besatzungstruppen kämpft und ihnen beträchtliche Verluste an Menschen und Heeresmaterial zufügt. In den 18 Monaten des bewaffneten Kampfes wurde eine große Zahl indonesischer Soldaten kampfunfähig gemacht und eine gewaltige Menge Waffen und Munition erbeutet. Heute kontrollieren die Patrioten über 80% des Territoriums von Osttimor, während die indonesischen Besatzer trotz ihrer Bemühungen in der Hauptstadt des Landes, Dili, und in einigen Städten der Umgebung isoliert sind.

**THAILAND**

Die thailändischen Patrioten intensivieren ihre bewaffneten Aktionen gegen die Polizei und Armee des reaktionären Bangkoker Regimes. Am 9. Mai stellte eine Einheit der Patrioten einer Abteilung der reaktionären Truppen einen Hinterhalt im Nordosten Thailands. Bei den einige Stunden andauernden Kämpfen wurden acht Soldaten getötet und vier schwer verletzt. Der restliche Teil war gezwungen, sich unter Zurücklassung großer Mengen an Waffen und Munition zurückzuziehen.

**HAITI**

Gegenwärtig gibt es auf den Inseln der Karibischen See eine Dürreperiode, von der Haiti besonders stark betroffen ist. So wird gemeldet, daß in den nordwestlichen Regionen bis jetzt schon 70 Menschen verhungert sind. Das Regime des faschistischen Diktators Duvalier macht die Dürre für den Hunger und die Opfer verantwortlich. In Wirklichkeit aber liegen die Ursachen tiefer, nämlich in der vollständigen Abhängigkeit des Landes vom amerikanischen Imperialismus, dessen Lakai Duvalier ist und in der faschistischen Natur seiner Herrschaft. Lediglich 31% des bebaubaren Landes sind in Haiti kultiviert. Über eine Million Bauern wurden gewaltsam von ihrem Land vertrieben, um es den amerikanischen und anderen imperialistischen Monopolen zu übereignen. Einen anderen Teil dieses Landes nahmen die Angehörigen der berüchtigten Geheimpolizei an sich, die sich auf den geraubten Ländereien große Güter anlegten. So kontrolliert z. B. allein die Hasco (Haitisch-Amerikanische Zuckerkompanie) zwei Zuckerplantagen in der Größe von fast 18 qkm und Sisalplantagen in der Größe von fast 30 qkm. Außerdem hat das Regime große Landstriche vor allem im Süden der Insel den Touristikkonzernen übereignet. Heute produziert die Landwirtschaft Haitis deshalb nur 50% der für die Versorgung der Bevölkerung notwendigen Menge an Nahrungsmitteln. Die Großgrundbesitzer und kapitalistischen Konzerne exportieren jedoch Früchte, Fleisch, Reis, Zucker und Kaffee in großen Mengen.

**PORTUGAL**

In Portugal sind die Studenten an den Universitäten und Hochschulen in den Kampf für ihre Rechte getreten. Durch Streiks und machtvolle Demonstrationen fordern sie das Ende der politischen Unterdrückung und die Verbesserung ihrer Studienbedingungen. Um den Kampf der Studenten zu unterdrücken, setzt die Regierung Soares schwerbewaffnete Polizeieinheiten ein, die mehrfach die Demonstrationen der Studenten überfielen. Der Kampf der Studenten wird auch von den Arbeitern unterstützt. In vielen Städten beteiligten sich Arbeiter an den Demonstrationen und in Porto hielten die Stu denten und die Arbeiter des Betriebe STCP sogar eine gemeinsame Kundgebung ab.



## Genscher in Zaire

# Garant der Unabhängigkeit?

**Die westdeutschen Imperialisten gefallen sich in letzter Zeit immer häufiger in der Pose angeblicher Garanten der nationalen Unabhängigkeit der Länder Afrikas. So gab Bundesaußenminister Genscher bei seinem Besuch im Kongo (Zaire) z. B. folgende Erklärung ab: die Bundesregierung und mit ihr die Regierungen der anderen Länder der EWG verurteilten „jeden Versuch", auf dem afrikanischen Kontinent „nicht-afrikanische Einflußsphären" zu schaffen. Solche Beteuerungen sind ebenso verlogen wie gefährlich.**

Ihr Ziel ist die Maskierung der neokolonialistischen Durchdringung Afrikas durch die westdeutschen Monopole und die Täuschung der Völker Afrikas, die im Kampf gegen den Imperialismus und Sozialimperialismus für ihre nationale Unabhängigkeit stehen. Die westdeutschen Imperialisten handeln dabei nicht nur in Verfolgung ihrer eigenen Interessen, sondern in Übereinstimmung und Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Imperialismus.

Wenn die westdeutschen Imperialisten behaupten, sie ließen sich von der Parole „Afrika den Afrikanern" leiten, so zeigt das Beispiel des Kongo, dem Genscher gerade einen Staatsbesuch abgestattet hat, gut, welches ihre wirklichen Ziele sind.

Denn weder ist der Kongo unabhängig noch sein Staatschef Mobutu ein Vorkämpfer der nationalen Unabhängigkeit, wie manche behaupten. Im Gegenteil.

„Unser Land, Kongo-Kinshasa", heißt es in einer Erklärung der Revolutionären Marxistischen Partei Kongo-Kinshasas, „ist eine amerikanische Kolonie." Tatsächlich kontrollieren die amerikanischen Imperialisten heute 80% der Investitionen, die im Kongo getätigt worden sind. Amerikanische Monopole beuten 100% der Kobaltvorkommen, 90% der Uranvorkommen, 80% des Vorkommens an Diamanten, 66% des Magnesiumvorkommen, 54% des Zinns usw. aus. Die Profite, die die amerikanischen Imperialisten daraus ziehen, sind achtmal so hoch wie der Wert des Bruttonationaleinkommens des Kongo.

Den Rest der Naturreichtümer plündern die übrigen westlichen imperialistischen Länder aus. An der Ausplünderung der Naturreichtümer des Kongos und der Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte sind auch die westdeutschen Imperialisten beteiligt. Klöckner, Siemens und Bayer, um nur einige zu nennen, haben Zweigniederlassungen im Kongo errichtet. Die Armut der Volksmassen des Kongo, die vollständige wirtschaftliche Zerrüttung des Landes, seine Rückständigkeit sind das Ergebnis der Ausplünderung des Kongo durch den Imperialismus. Und das Regime Mobutus ist der Garant dieser Ausplünderung.

Mobutu selbst kam mit Hilfe des amerikanischen Geheimdienstes CIA an die Macht. Er stand an der Spitze der konterrevolutionären Kräfte, die nach der Erringung der Unabhängigkeit des Kongos von den belgischen Imperialisten die fortschrittliche Regierung Lumumbas stürzten und diesen selbst grausam folterten und schließlich ermordeten. Seit dieser Zeit steht Mobutu, wie erst die „Washington Post" kürzlich wieder enthüllte, auf der Liste der regelmäßigen Geldempfänger des CIA. Dieser Lakai und Agent des Imperialismus, der sein Land vollständig an die imperialistischen Trusts und Monopole verkauft hat, der mit faschistischem Terror herrscht und durch und durch korrupt ist, wird auch von den westdeutschen Imperialisten unterstützt. Die westdeutschen Imperialisten schickten erst vor kurzem Lebensmittel im Wert von fünf Millionen DM in den Kongo und Genscher unterzeichnete einen Kredit von 10 Mio. DM und ein Schiffsbauabkommen. Zugleich erklärte er unmißverständlich und deutlich, worum es den westdeutschen Imperialisten geht. Darum, daß die Regierung des Kongo „bessere Bedingungen" für Privatinvestitionen schaffe, um es den Monopolen zu erlauben, noch größere Profite aus dem Kongo zu holen.

Die großen Reichtümer des Kongo und seine strategische Lage im Herzen Afrikas haben schon immer die Gier des Imperialismus gereizt. Die amerikanischen, westdeutschen und anderen westlichen Imperialisten, die sich hier festgekrallt haben, verteidigen ihre Pfründe mit Zähnen und Klauen. Sie verteidigen sie gegen die Vorstöße des sowjetischen Sozialimperialismus, vor allem aber gegen den Freiheitskampf des kongolesischen Volkes. Um diesen Freiheitskampf zu unterdrücken, rüsten sie die Armee Mobutus mit modernsten Waffen aus und geben dem Regime eine Finanzspritze nach der anderen. Demagogisch beteuern sie dabei unablässig, die Unterstützung Mobutus liege im Interesse des kongolesischen Volkes, damit es nicht seine „Freiheit" an den Sozialimperialismus verliert.

Aber das kongolesische Volk kann seine Freiheit nur im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus, den Hauptfeind des kongolesischen Volkes, gegen seine imperialistischen Verbündeten wie die Bundesrepublik, die das Land versklaven, gegen das Regime Mobutus, des Lakaien Washingtons, gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und seine Lakaien erringen.

Unter der Führung der Revolutionären Marxistischen Partei Kongo-Kinshasas haben die Volksmassen den bewaffneten Kampf gegen ihre Feinde bereits aufgenommen.

## 'Voz do Povo' enthüllt faschistische Methoden der 'Hochtief'-Kapitalisten in Venezuela

# 'Die schlimmsten dort waren die Deutschen!'

**Wie „Voz do Povo", Zeitung der UDP, vor kurzem berichtete, kam es im April dieses Jahres in Venezuela zu mächtigen Streiks venezolanischer und portugiesischer Arbeiter gegen den westdeutschen imperialistischen Konzern „Hochtief". Im Verlauf dieser Streikbewegung zeigte sich beispielhaft, was der westdeutsche Imperialismus wirklich meint, wenn er von „Entwicklungshilfe" und „Nord-Süd-Dialog mit der Dritten Welt" redet.**

Die reaktionäre Regierung Soares verkauft portugiesische Kollegen nicht nur direkt nach Westdeutschland, sondern auch z. B. nach Venezuela, wo sie ebenfalls von Konzernen wie „Hochtief" ausgebeutet werden. Wie der Arbeiter José Domingos berichtete, wurden diese Kollegen von „Hochtief" unter vielen Versprechungen angelockt, von denen keine einzige gehalten wurde. So versprach „Hochtief" im Arbeitsvertrag pünktliche Lohnauszahlung zu Monatsanfang, zahlte aber erst zur Monatsmitte. Versprochen wurde 35% Überschichtzulage und 25% Nachtzulage, gehalten wurde nichts: Im Gegenteil, den Kollegen wurden unter fadenscheinigen Vorwänden ständig noch Abzüge vom Normallohn gemacht. Oft mußten sie bis Mitternacht arbeiten. Die Verpflegung war miserabel und wurde ihnen auf dem Boden „serviert".

Das Faß kam zum Überlaufen, als die Arbeit der Portugiesen durch einen Streik der venezolanischen Kollegen lahmgelegt wurde und die Firma sich weigerte, den Kollegen auch nur einen Centimo zu zahlen. Daraufhin traten auch die portugiesischen Arbeiter in den Streik. Nun zeigte sich sofort der ach so besonders „soziale" Charakter des Imperialismus Marke Bonn: Die „Hochtief"-Kapitalisten zitierten nach neokolonialistischer Manier zuerst den portugiesischen Konsul herbei, der den Kollegen „erklären" mußte, daß ihr Streik „illegal" sei, und daß „Hochtief" mit ihnen nicht verhandeln werde.

Als das auf die Kollegen keinen Eindruck machte, ließ „Hochtief" mit Polizei und Ausweisung drohen. Trotzdem gingen daraufhin nur 50 von insgesamt 264 Kollegen wieder an die Arbeit. **Die Polizei riegelte daraufhin die Wohnheime ab. „Hochtief"-Vertreter kamen im Schutz von Polizisten und erklärten sämtliche Kollegen für fristlos entlassen. Danach erklärte die Polizei alle Streikenden für verhaftet und transportierte sie in eine Art KZ.** Dort wurden sie vor die Wahl gestellt: entweder Verzicht auf Überschichtzulage und Bezahlung der Streiktage und Wiederaufnahme der Arbeit — oder sofortige Ausweisung. 46 Kollegen entschieden sich unter diesen Bedingungen für die Ausweisung.

Diese 46 wurden noch mehrere Tage lang durch verschiedene Gefängnisse geschleppt und teilweise geschlagen. Man versuchte, sie in kleinere Gruppen aufzuspalten, was aber an ihrer unverbrüchlichen Solidarität scheiterte. Schließlich wurden sie klammheimlich zum Flugplatz transportiert und abgeschoben, ohne daß „Hochtief" ihnen die ausstehenden Löhne zahlte.

VOZ do POVO n.148 ANO 3 Semanário Preço 5.00 19 5 1977

NOVA AGRESSÃO POLICIAL A ESTUDANTES

Zeitung der UDP (Demokratische Volksunion)

José Domingos, einer von den 46, sagte wörtlich in dem Interview: **„Die schlimmsten dort waren die Deutschen. Die Deutschen und die Behörden, die sämtlich von den Deutschen gekauft waren. Ich bin überzeugt, daß auch unser Konsul von ihnen gekauft war."** José Domingos und seinen Kollegen wird niemand mehr etwas über die „Gutwilligkeit" des westdeutschen Imperialismus erzählen können: Sie haben diese „Gutwilligkeit" am eigenen Leibe erfahren!

VANGUARDIA OBRERA SEMANAL

Spanien

Bandeira Vermelha ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Portugal

### REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

**Lieber Leser des ROTEN MORGEN!**

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m. l.)

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

# DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

## Spanien: Trotz Polizeiterror

# Hunderttausende im Streik

**Unter der Losung „Freiheit für alle politischen Gefangenen!" erhoben sich in Spanien in den letzten Wochen Hunderttausende von Arbeitern und anderen Werktätigen zum Kampf. Wie in der Vergangenheit zeigten sich auch diesmal die große Erbitterung und der grenzenlose Haß der unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen gegen die Monarchie, die den Faschismus aufrechterhält. Deshalb wurden die Kämpfe im Baskenland und anderen Teilen Spaniens zugleich zu machtvollen Aktionen für die Republik. Die republikanische Fahne war überall zu sehen und die Losung „Spanien wird morgen eine Republik sein!" wurde in den Straßen gerufen.**

Und erneut versuchte das monarcho-faschistische Regime, die Kämpfe mit brutalstem Terror zu unterdrücken. Hunderte von Demonstranten wurden von der Polizei verhaftet, Dutzende durch Gummiknüppel, Hartgummigeschosse, Tränengas und Gewehrkugeln verletzt. Im Baskenland forderte der Mordterror der Polizei fünf Todesopfer, darunter einen fünfzehnjährigen Jungen und einen 78jährigen Rentner.

Die Kampfwochen für die Freilassung aller politischen Gefangenen begannen am 7. Mai im Baskenland. Unsere Bruderpartei, die KP Spaniens/ML, die FRAP, die Republikanische Konvention und baskische patriotische Organisationen riefen zu Straßendemonstrationen und für den 12. Mai zum Generalstreik auf. Dem Aufruf folgten Hunderttausende. Die revisionistischen „Arbeiterkommissionen" und ihr Chef Camacho riefen dagegen die Arbeiter auf, den Straßendemonstrationen fernzubleiben. Der Generalstreik, der am 12. Mai ausgerufen wurde, legte das gesamte öffentliche Leben im Baskenland lahm. Sogar die offizielle spanische Presse gab zu, daß sich an dem Generalstreik mindestens 600.000 Menschen beteiligt haben. In Bilbao, San Sebastian, Pamplona und anderen Städten gingen täglich Zehntausende von Menschen auf die Straßen. Die meisten dieser Demonstrationen waren verboten. Als sich die Menschen trotzdem versammelten, wurden sie von der Polizei, deren Einheiten vorher verstärkt worden waren, brutal überfallen. Die Polizisten schreckten dabei auch vor kaltblütigem Mord nicht zurück.

Augenzeugen berichten:

**Bei einer Demonstration in Renteria, einem Vorort von San Sebastian, schlagen Polizisten einen alten Mann solange mit Gummiknüppeln zusammen, bis er halb bewußtlos zusammenbricht. Dem wehrlos am Boden Liegenden setzt einer der Polizisten den Fuß in den Nacken und tötet ihn durch einen Pistolenschuß.**

Aber die Massen beugten sich dem faschistischen Terror nicht. Sie stellten sich der Polizei entgegen und bombardierten sie mit Steinen, Flaschen und Baumaterial. In den Straßen der baskischen Städte wurden Hunderte von Barrikaden erbaut, in Bilbao waren es allein an einem einzigen Tag achzig.

Schon nach kurzer Zeit weiteten sich die Kämpfe, ausgehend vom Baskenland, über ganz Spanien aus. In Madrid bekundeten Zehntausende von Arbeitern durch Streiks und Versammlungen ihre Solidarität mit den kämpfenden Massen im Baskenland. Auch in Barcelona fanden machtvolle Demonstrationen statt, in deren Verlauf die Massen dreißig Polizeifahrzeuge angriffen und den überwiegenden Teil zerstörten.

Wie schon bei den Kämpfen am 14. April, dem Tag der Republik, am 1. und 2. Mai standen auch diesmal die Kommunistische Partei Spaniens/ML, die FRAP und die Republikanische Konvention an der Spitze der kämpfenden Massen. Die Fahnen der Partei wehten über den Barrikaden von Bilbao und San Sebastian und die republikanische Fahne der FRAP flatterte an der Spitze der machtvollen Demonstrationen. Das Ansehen der Partei, der FRAP und der Republikanischen Konvention und ihr Einfluß unter den kämpfenden Volksmassen steigt ständig. Das ist vor allem das Ergebnis der prinzipienfesten, klaren, revolutionären Linie der KP Spaniens/ML.

Die angebliche Demokratisierung der faschistischen Monarchie wird von der Partei als Betrugsmanöver bekämpft und die Volksmassen überzeugen sich anhand ihrer eigenen Erfahrungen täglich mehr davon, daß diese Analyse richtig ist. Die Partei lehnt es ab, in irgendeiner Form mit der Monarchie zusammenzuarbeiten und ruft im Gegenteil zum Kampf für ihren Sturz, für die Errichtung der Föderativen Volksrepublik auf. Angesichts der faschistischen Unterdrückung sammelt sie die Kräfte und bildet sie aus, um den faschistischen Gewaltakten gegen das Volk die revolutionäre Gewalt des Volkes entgegensetzen zu können.



**Mit brutalem Terror versuchte die Polizei die Demonstration zu zerschlagen, doch die Kämpfe weiteten sich über ganz Spanien aus.**

In den Betrieben tritt die Partei für das Recht der Arbeiter ein, sich zu versammeln und ihre eigenen Vertreter zu wählen, unabhängig von und gegen die faschistischen, reformistischen und revisionistischen Gewerkschaften. Sie ermutigt und organisiert die Arbeiter zum Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und für ihre wirtschaftlichen Forderungen.

„Vanguardia Obrera", das Zentralorgan der KP Spaniens/ML, schrieb nach den Kämpfen am 14. April: „Wieder einmal hat die Realität des Kampfes in den Fabriken und Dörfern gezeigt, wohin die Wünsche und Bestrebungen der Völker Spaniens gehen, hat gezeigt, worauf Hunderttausende Werktätige und Antifaschisten des ganzen Landes ihren Blick gerichtet haben: auf die Zerschlagung der Monarchie und die Erringung der Republik. Weder die Wahlfarce noch irgendein anderes Pseudoliberalisierungsmanöver kann diese Realität verschleiern. Unsere Partei und die der FRAP angehörenden Organisationen sowie die Kräfte und Persönlichkeiten, die der Republikanischen Konvention angehören, sind heute die entschiedensten und konsequentesten Verfechter der Interessen der werktätigen Massen und der Republik. Weder die Repressionsmaßnahmen der monarchistischen Regierung, die ständig Hunderte von Menschen unter der Beschuldigung, der Partei und der FRAP anzugehören, verhaftet und gefoltert hat, noch die Spaltungsmanöver der kollaborationistischen Kräfte konnten die Mobilisierung der Volksmassen verhindern."

Die revisionistische Carrillo/Ibarruri-Clique verteidigt die faschistische Monarchie, arbeitet mit ihr zusammen und stößt dadurch immer mehr auf den Widerstand der Volksmassen.

Während des Bauarbeiterstreiks in Barcelona, an dem sich 200.000 Bauarbeiter beteiligten, fand z. B. ein Treffen der von den Arbeitern gewählten Delegierten statt, auf dem der Beginn und die Dauer des Streiks beschlossen werden sollten. Die revisionistischen Vertreter der „Arbeiterkommissionen" schlugen auf dieser Versammlung vor, den Streikbeginn noch um einige Tage hinauszuschieben und ihn auf einen Tag zu beschränken. Sie „begründeten" diesen Vorschlag mit der tiefen Wirtschaftskrise, die die Arbeiter durch ihren Kampf nicht noch weiter verschärfen dürften. So wollten sie den Bauarbeitern einreden, die Krise treffe Arbeiter und Kapitalisten in gleicher Weise und die Arbeiter zur Rücksichtnahme auf die Kapitalisten zwingen. Aber die Delegierten der Arbeiter erteilten ihnen eine Abfuhr und beschlossen, den sofortigen Streik mit unbegrenzter Dauer.

Eine Abfuhr erlitt auch der Revisionistenhäuptling Carrillo auf einer von ihm selbst einberufenen Versammlung in Valladolid. Als er gerade zu einer Lobrede auf die Monarchie ansetzte, ertönte im Stadion die Losung: „Spanien wird morgen eine Republik sein!" Die Losung, von Genossen der Partei angestimmt, wurde sogleich von Tausenden der Anwesenden aufgegriffen und eine halbe Stunde lang gerufen. Als dann auf den Rängen auch noch eine große republikanische Fahne entrollt wurde, wurde Carrillo blaß und verstummte endgültig. Dafür traten seine Schlägertrupps in Aktion. Ihr Versuch, die Fahne zu erobern, war allerdings vergeblich. Auf dieser von den Revisionisten selbst einberufenen Versammlung gelang es den Genossen der Partei außerdem, 1.500 Exemplare von „Vanguardia Obrera" zu verkaufen.

Die streikenden Arbeiter von Roca und Hugui, die mehrfach die Revisionisten und Reformisten verurteilten, weil sie ihnen in den Rücken fielen, sind andere Beispiele, daß die Werktätigen den revisionistischen Verrat immer besser durchschauen.

**Unter diesen Bedingungen verstärkt die KP Spaniens/ML ihren Kampf und bekräftigt nachdrücklich, „ihre Politik, die faschistische Monarchie anzuprangern und zu bekämpfen und den Kampf der Völker Spaniens für den Sieg der Föderativen Volksrepublik, für den Sozialismus, immer mehr zu verstärken."**

## Pressemitteilung der KP(ML) Argentiniens

# An alle Antifaschisten

**Am 24. März jährt sich zum ersten Mal die Machtübernahme der Militärjunta in Argentinien. Dieses eine Jahr hat mehr als genügt, um das faschistische, terroristische, blutsaugerische und pro-imperialistische Wesen des Regimes von General Videla bloßzulegen. Seit ihrer Machtübernahme hat die Militärjunta eine Welle der Unterdrückung gegen das argentinische Volk und seine patriotischen und demokratischen Kräfte entfesselt. Infolge dieser Kampagne wurden über 7.500 Patrioten ermordet und bestialisch gefoltert.**

Die Gefängnisse des Landes und die von der Diktatur geschaffenen Konzentrationslager sind voll von über 30.000 Gefangenen. Diese sind dort unablässigen Entbehrungen, Quälereien und Foltern ausgesetzt. Es ist ihnen verboten zu lesen oder irgendeiner unterhaltenden Beschäftigung oder körperlichen Arbeit nachzugehen. Nur in einigen Fällen können sie unter strenger Aufsicht Verwandtenbesuche empfangen. Bis heute hat die Diktatur die Liste der Verhafteten nicht bekanntgegeben, weil sie weiterhin Gefangene „entlassen" will, um sie darauf grausam zu ermorden. Die ermordeten Gefangenen werden der Öffentlichkeit sogleich als Opfer bewaffneter Auseinandersetzungen mit den Unterdrückungskräften präsentiert. Die Unterdrückung konzentriert sich auf verschiedene Manöver, die den Zweck haben, Angst und Schrecken unter der Bevölkerung zu verbreiten. Die Armee patrouilliert Tag und Nacht durch die Straßen, umstellt häufig die Arbeiterviertel, dringt in die Häuser ein, raubt die spärliche Habe der Einwohner, vergewaltigt die Frauen und nimmt alle Verdächtigen fest. Dieses Vorgehen ist in den Wohnvierteln der ausländischen (bolivianischen, chilenischen, uruguayischen, paraguayischen usw.) Arbeiter besonders häufig. In einigen Gebieten des Landes, wie in der Provinz Tucmán, ist die Armee soweit gegangen, richtiggehende „strategische Dörfer" einzurichten, in denen sie die Zivilbevölkerung einsperrt. (...)

Alle politischen und gewerkschaftlichen Rechte sind aufgehoben worden. (...)

Auf allen Gebieten wird die Zensur ausgeübt. Alle revolutionären und Volkszeitungen sind verboten. (...)

Die politische Tätigkeit ist verboten, die politischen Parteien sind ihrer Tätigkeit enthoben, und einige sind, wie unsere Partei, die Kommunistische (Marxistisch-Leninistische) Partei, verboten.

Das verfassungsmäßige Streikrecht ist durch Dekret aufgehoben worden; ein Streik ist zu einer strafbaren Handlung geworden, die mit zehn Jahren Gefängnis bedroht wird.

Endlos wäre die Liste der Verbrechen, die die Videla-Diktatur am argentinischen Volk begeht. Niemand hat das Recht, sich Illusionen über deren schwere Bedeutung zu machen. Wertlos sind die falschen Versprechungen von einer zukünftigen Demokratisierung, die die Diktatur für das Ausland hinausposaunt. Bei diesem Geschwätz wird sie kräftig unterstützt von ihren Kollaborateuren, der revisionistischen „Kommunistischen" Partei, dem treuen Befehlsempfänger Moskaus.

Unsere Partei, die schon vor dem Staatsstreich die finsteren Pläne der Oligarchen und Imperialisten entlarvt hatte, wurde von dieser Situation nicht überrascht und stellte sich der Tätigkeit der Junta entgegen, ebenso wie der der Revisionisten, die sie beschönigten und dazu aufriefen, sie zu unterstützen, und den Schwankungen der bürgerlichen Opposition, die in ihrer Furcht und ihrem Wankelmut sich nicht zu widersetzen wagte.

Die KP (M-L) schätzte die Diktatur korrekt ein, analysierte umfassend die entstandene Situation, sah hinter der scheinbaren Macht der Diktatur ihr schwaches Wesen, rief das ganze Volk auf, mit allen Mitteln und in jeder Form Widerstand zu leisten, um ihre Festigung zu verhindern und hielt so das große Banner der Freiheit und nationalen Unabhängigkeit hoch, bis zum endgültigen Triumph. Der Widerstand des Volkes hat die Isolation der Diktatur offengelegt und in den hohen Militärkommandos große Besorgnis erregt. (...)

Unsere Partei, Ausdruck des revolutionären Proletariats, Verteidiger des Banners des Marxismus-Leninismus, konsequenter antifaschistischer Kämpfer, trägt heute in den Kampf des Proletariats und des Volkes die absolute Gewißheit des Endsiegs. Wir sind überzeugt, daß es dem wachsenden Widerstand gelingen wird, die gegenwärtige Offensive der Diktatur früher oder später zu stoppen und zum Gegenangriff überzugehen. Die Zeit arbeitet für uns, weil diese gegenwärtigen Schwierigkeiten vorübergehend sind, während die des Feindes grundsätzlich und andauernd sind.

Im Lauf des Kampfes unter der Führung seiner revolutionären Partei wird das argentinische Volk seine große antifaschistische und patriotische Einheit schmieden, in den heutigen schweren Augenblicken und in den kommenden Kämpfen wird es seine Reihen stählen und seine Kräfte sammeln, um den bewaffneten Aufstand zu beginnen, der die Diktatur zerschlägt und eine provisorische revolutionäre Regierung errichtet, die den Willen des Volkes achtet.

So wird das starke argentinische Volk, indem es sich hauptsächlich auf seine eigenen Kräfte stützt, seinen großen Beitrag leisten zu dem Kampf, den alle Völker der Welt gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Weltreaktion führen.

Tod der faschistischen argentinischen Diktatur!

Es lebe der Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit des argentinischen Volkes!

Antifaschistische Kräfte der Welt: Verurteilt die Videla-Diktatur an ihrem ersten Jahrestag!

Buenos Aires, März 1977
Kommission für internationale Beziehungen beim ZK der Kommunistischen (Marxistisch-Leninistischen) Partei Argentiniens

(gekürzt — RM)


## HÖRT RADIO TIRANA

| UHRZEIT | WELLENLÄNGE | | |
|---|---|---|---|
| | 1. Programm | | |
| 13.00 – 13.30 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 14.30 – 15.00 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 16.00 – 16.30 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 18.00 – 18.30 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 19.00 – 19.30 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 2. Programm | | |
| 21.30 – 22.00 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 1394 kHz | 215 m | MW |
| 23.00 – 23.30 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 1457 kHz | 206 m | MW |
| 6.00 – 6.30 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 1394 kHz | 215 m | MW |

# Pressefest

10 Jahre Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

**Aus dem Programm:**

- Rede zur Geschichte und Bedeutung des „Roten Morgen"
- Vorführung revolutionärer Filme
- Ausstellung: 10 Jahre „Roter Morgen"
- Auftritte der Agit-Prop-Trupps der KPD/ML
- Tanz- und Unterhaltungsprogramm
- Auszeichnung der Sieger der Wettbewerbe

## 1967-1977 10 Jahre Roter Morgen



**Dortmund 11. Juni**
**10 Uhr - 23 Uhr**
**Westfalenhalle III**

## KPD/ML

**Vor zehn Jahren, am 1. Juli 1967, erschien die erste Nummer des „Roten Morgen". Seit der Gründung der KPD/ML an der Jahreswende 1968/69 ist der „Rote Morgen" das Zentralorgan unserer Partei. In den vergangenen zehn Jahren ist der „Rote Morgen" unermüdlich für die Interessen der Arbeiterklasse und der Revolution eingetreten. Nicht umsonst ist er die meistverbotene Zeitung in Westdeutschland, nicht umsonst muß er in der DDR illegal erscheinen. Unter den Werktätigen jedoch hat der „Rote Morgen" immer neue Freunde gewonnen.**

**Zur Feier des 10jährigen Bestehens des „Roten Morgen" laden wir alle Freunde zu den Pressefesten ein.**

**Dortmund:** 11. 6., 10-23 Uhr, Westfalenhalle III

**Frankfurt:** 11. 6., 16 Uhr, Frankfurt-Unterliederbach, Bildungs- und Kulturzentrum

**Hamburg:** Ort und Zeit bitte im Parteibüro erfragen.

**Stuttgart:** 18. 6., 11-23 Uhr, Stuttgart-Killesberg, Kongreßgebäude, Am Kochenhof, Versammlungsraum I

**Westberlin:** 11. 6., 15 Uhr, Berlin-Tegel-Ort, Gartenrestaurant Seegarten, Scharfenbergerstr. 26 (zu erreichen ab U-Bahnhof Tegel mit der Buslinie 20)

### "Bremer Treuhand"-Millionenverluste

# Wer soll zahlen?

Unmittelbar vor dem Konkurs stand in Bremen die Treuhand, eine sogenannte „gemeinnützige" Wohnungsbaugesellschaft. Verluste von über 100 Millionen wurden erwartet. Die Treuhand hatte sich bei der Jagd nach Profiten mit Auslandsgeschäften übernommen. Nun sollte man meinen, daß eine Gesellschaft, die dem „Gemeinnutz" dienen soll, und die deswegen steuerliche Vorteile genießt, keine solchen Geschäfte betreiben könnte. Aber dafür gibt es eine sogenannte „Ausnahmegenehmigung" und diese Genehmigung hat der Bremer Senat auch prompt erteilt. Tatsächlich ist diese „Ausnahme" die Regel: Die Wohnungsbaugesellschaften, allen voran die DGB-eigene Neue Heimat, die mit 80% an der Treuhand beteiligt ist, sind kapitalistische Konzerne, denen es allein um Höchstprofite für ihre Aktionäre geht.

Als jetzt in Bremen die Verluste der Treuhand bekannt wurden, zeigte sich, wer die Opfer eines möglichen Konkurses sein würden. Nicht die Banken, die der Treuhand Millionen-Kredite gegeben hatten. Sie hatten sich durch Grundbucheintragungen rechtzeitig abgesichert und so konnte ein Bank-Boß zufrieden erklären: „Wir rechnen damit, daß wir mit heiler Haut davonkommen." Betroffen waren die Werktätigen, die sich ein Haus bei der Treuhand zusammengespart hatten. Diese Häuser waren zum großen Teil noch nicht überschrieben, also noch Eigentum der Treuhand. Als sich nun die Möglichkeit eines Konkurses abzeichnete, stürzten sich alle die Kapitalisten, bei denen die Treuhand noch offene Rechnungen hatte, wie die Hyänen auf diese Häuser und plünderten sie regelrecht aus.

Ein Genosse aus Bremen berichtete darüber: „Einer unserer Berufsschullehrer, er hat sein Haus mit 175.000 DM schon voll bezahlt, es aber noch nicht überschrieben bekommen, erzählte uns, daß sich in seiner Treuhand-Siedlung erschütternde Szenen abspielten: In Häuser, die gerade fertiggestellt waren, und wo die Besitzer gerade am tapezieren waren, kamen plötzlich Handwerker an, rissen sanitäre Anlagen, Zäune usw. heraus, weil die Firmen Angst hatten, kein Geld mehr dafür zu bekommen. Frauen liefen auf die Straße, vollkommen verwirrt über das, was da geschieht, viele weinten fassungslos und riefen um Hilfe."

Einigen Eigentümern gelang es noch, sich ihre Häuser überschreiben zu lassen. Aber auch sie waren betrogen. Denn durch die Überschreibung wurde automatisch ein Kapitalansammlungsvertrag gekündigt, den die meisten von ihnen mit dem Finanzamt geschlossen hatten. Sie müssen jetzt mehrere tausend Mark Prämien zurückzahlen.

Am 10. Mai erklärte der Bremer Senat, er würde, um den Konkurs der Treuhand abzuwenden, eine 20-Millionen-Bürgschaft leisten. Angeblich liegen ihm die Sorgen der kleinen Hauseigentümer am Herzen. Tatsächlich geht es aber darum, die Neue Heimat, die hinter der Treuhand steht, vor Verlusten zu bewahren. So wie vorher mit der Ausnahmegenehmigung ist der Senat jetzt mit der Bürgschaft bei der Hand, um den Neue-Heimat-Kapitalisten, an der Spitze DGB-Chef Vetter, ihre Profite zu sichern. Dieser Staat vertritt niemals die Interessen der Werktätigen, er steht im Dienst der Bourgeoisie, die auch den Wohnraum ihren Profitinteressen unterworfen hat, und muß entschieden bekämpft werden.

# Giftgaswolke bei Ciba Geigy ausgetreten

**Korrespondenz. Im Lampertheimer Werk der Firma Ciba Geigy ist es vor kurzem zu einem Zwischenfall gekommen, bei dem eine Giftgaswolke mit dem Schädlingsbekämpfungsmittel Diazinon austrat. Die bürgerliche Presse bezeichnet den Ausbruch einer Giftgaswolke nur als einen Zwischenfall.**

Wie aber sah dieser Zwischenfall aus?

Gegen 17.40 Uhr war aus einem Kessel eine Giftgaswolke ausgetreten. 7 Mitarbeiter, die mit dem Gift in Berührung gekommen waren, wurden, nachdem sie werksärztlich behandelt waren, in die Klinik nach Ludwigshafen-Oggerheim eingeliefert, und von dort aus, nachdem scheinbar keine Verletzungen festgestellt werden konnten, zur ärztlichen Beobachtung in verschiedene Kliniken gebracht. Ebenso wurde später mit 12 weiteren Kollegen verfahren, bei denen nicht auszuschließen war, daß sie ebenfalls mit dem Gift in Berührung gekommen waren.

Erst gegen 21 Uhr wurde die gesamte Produktion im Werk gestoppt. Also 3 Stunden nach dem ersten Ausbruch und nachdem schon 19 Mitarbeiter mit dem Gift in Berührung gekommen waren. Dies zeigt ganz offensichtlich, daß der Geschäftsleitung nichts an der Sicherheit der restlichen Belegschaft lag.

Gegen 22.30 Uhr kam es zum zweiten Ausbruch; obwohl dies vorauszusehen war, wurde noch nichts unternommen, um die Bevölkerung zu warnen bzw. zu informieren. Das einzige was passierte, war, daß zwischen 23 Uhr und 1.30 Uhr die Landstraße zwischen Lampertheim und Rosengarten von der Polizei gesperrt wurde. Es wurden nur die Bewohner der am nächsten liegenden Häuser durch Lautsprecher aufgefordert, die Türen und Fenster nicht zu öffnen. Erst gegen 3 Uhr konnte nach Aussage der Polizei die Gefahr als gebannt angesehen werden. Zu erwähnen ist auch noch, daß der für solche Unfälle zuständige Landrat Dr. Bergmann erst 6 Stunden nach dem Ausbruch an der Unglücksstelle erschien.

Einige Arbeiter sagten: Wenn die noch nicht mal so etwas unter Kontrolle halten können, wie wollen sie es bei den Atomkraftwerken dann können. Man muß sich die Frage stellen, was wäre passiert, wenn sich dieser sogenannte „kleine Zwischenfall" zu einer größeren Katastrophe entwickelt hätte, was die ganze Zeit nicht auszuschließen war.

Für Katastrophen solchen Ausmaßes gibt es keinen Giftalarmplan. Es hätte in einer solchen Situation der für das AKW zuständige Katastrophenplan angewendet werden müssen. Doch dieser ist geheim. Dieser Giftgasunfall und auch ähnliche Unfälle dieser Art, die sich in letzter Zeit häufen, zeigen, daß ein Seveso nicht allzuweit von uns entfernt ist, daß uns bisher nur der Zufall vor schlimmeren bewahrt hat.

# Neue Ami-Manöver in Hessen

Mit Empörung reagierten die hessischen Bauern auf die großen Manöver, die die amerikanischen Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten in der Zeit vom 5. bis zum 8. Mai in den Kreisen Rothenburg-Hersfeld und Lahn-Dill abgehalten haben.

Insgesamt sind bei den beiden Manövern 27.000 Soldaten, 5.000 Kraft- und 1.500 Kettenfahrzeuge im Einsatz.

Als besondere Provokation muß man es empfinden, daß die Manöver gerade am 8. Mai, dem Jahrestag der Kapitulation Hitler-Deutschlands angesetzt worden sind. An diesem Tag, an dem die Arbeiterklasse und die Völker Europas der zahllosen Opfer gedenken, die im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ihr Leben lassen mußten, demonstrierten die westdeutschen Imperialisten in Manövern ihre Stärke, demonstrierte die amerikanische imperialistische Supermacht, die auf dem Boden unseres Landes fast 250.000 Soldaten stationiert hat, ihre aggressive Macht.

## Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

**Verlag**
**G. Schneider**
**Postfach 300526**

**4600 Dortmund 30**

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

**Name:** ..................................................

**Straße:** ..................................................

**Plz/Ort:** ..................................................

**Unterschrift:** .................................. Datum: ...........

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

| O jährlich | O halbjährlich | O vierteljährlich |
|---|---|---|
| **DM 30,--** | **DM 15,--** | **DM 7,50** |

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

## Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

**Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

**Parteibüros:**

**LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50,** Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

**LV Niedersachsen, 3000 Hannover,** Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

**LV Südwest, 6800 Mannheim,** Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

**LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1,** Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

**LV Bayern, 8000 München 2,** Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

**Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

**5100 Aachen,** Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 10.30-14.00 Uhr.

**4800 Bielefeld,** Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

**4630 Bochum,** Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-19, Sa. 10-13 Uhr. Mi 17-19 Uhr.

**2800 Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

**4100 Duisburg 1** (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

**6000 Frankfurt,** Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 16-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

**2300 Kiel 1,** Buchhandlung „Roter Morgen" Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do. 9-13 Uhr und 15-18 Uhr, Di. und Fr. 9-13 und 15-18,30 Uhr, Sa. 9-13

**5000 Köln 91** (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

**2400 Lübeck,** Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

**4400 Münster,** Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.